



Wenn BürgerMeister*innen werden.

Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser der AGORA,

keine Sorge - die AGORA ist nicht baden gegangen. Wir haben nur etwas länger für die neue Ausgabe gebraucht - dafür haben Sie jetzt auch länger zu lesen. Ganze 16 Seiten sind es dieses Mal geworden!

Die AGORA entsteht neben Familie, Beruf und anderen Projekten aller Beteiligten, da müssen auch wir manchmal mit den Kräften haushalten. Trotzdem lohnt es sich, unsere Lebenswelt mitzugestalten... Denn ohne zivilgesellschaftliches Engagement wäre das Sozialgefüge der Gesellschaft gehörig in Schieflage. Wie Sie den Medienberichten der vergangenen Wochen sicher entnehmen konnten, hat die Gründung der „Bürger*innen-Initiative Langebrückenstraße 14“ öffentlichkeitswirksam hervorgehoben, dass die Gestaltung unseres sozialen Umfeldes nicht alleine von gewählten Repräsentanten, genehmigenden Behörden und finanzkräftigen Unternehmern abhängt. Viele Menschen engagieren sich nachhaltig - oft nur im kleinen Rahmen wahrgenommen - für zahlreiche Belange der Gesellschaft, und finden darin nicht nur Belastung, sondern auch Erfüllung. Davon wollen wir in dieser und anderen Ausgaben immer wieder berichten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine entspannte Adventszeit, ein fröhliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und Fölsch Foll hinein!

Bleiben Sie aktiv!
Die Redaktion

Sechs Menschen, Männer und Frauen unterschiedlichen Alters. Klarer Blick, aufrechte Haltung, hinter sich die Stadt. Die Amtsketten weisen sie als bedeutungsvolle Repräsentanten mit Verantwortung aus. Es ist offensichtlich: Hier stehen BürgerMeister*innen.

Na nu - wann wurden denn die gewählt? Gab es da im Schatten des US-Wahl-Spektakels etwa einen heimlichen Umsturz, gar eine Revolution? Hat die vertraute Riege der Stadtvorderen abgedankt, das Handtuch geschmissen oder sich in die Südsee abgesetzt?

Nichts dergleichen ist passiert.

Das Titelbild zeigt sechs beispielhaft ausgewählte Bürger*innen unserer Stadt, die sich für ihre Mitmenschen, ihre Umwelt, ihre Überzeugungen einsetzen. Einfach so, aus eigenem Antrieb, ohne Auftrag und ohne dafür bezahlt zu werden. Die 30-jährige Studentin und Mutter, die Aktionen der politischen Bildung organisiert, z.B. gegen Antisemitismus und Diskriminierung. Der 15-jährige Schüler, der Stufensprecher und Streitschlichter ist, die Schülerzeitung reanimiert und sich bei den Pfadfindern auf die Leitung einer Kindergruppe vorbereitet. Oder der selbständige Kreative, der sein Wissen und seine Werkstatt für Non-Profit-Initiativen zur Verfügung stellt und überall mit anfasst, wo er gebraucht wird. Sie geben kostenlose Nachhilfe für Kinder einkommensschwacher Familien, bieten unentgeltliche Übersetzungshilfe für Geflüchtete bei Behördengängen an, oder machen aus brachliegenden Flächen blühende Gärten für die Allgemeinheit. Sie experimentieren mit neuen Formen der Zusammenarbeit, ermöglichen Teil-

habe und Selbstbestimmung und schaffen auch mit knappen finanziellen Ressourcen belebte Orte der Begegnung. Kurz: Sie gestalten unsere Stadt, beeinflussen das Gemeinwesen und regeln das Zusammenleben. Und nehmen damit einen gleichberechtigten Platz neben anderen Kräften und Gestaltern, zum Beispiel aus Verwaltung oder Wirtschaft, ein. Und wenn sie dann noch Forderungen und Ziele formulieren, für deren Durchsetzung sie sich stark machen, dann wird es - Obacht: politisch!

Und das in Zeiten, in denen sich eine allgemeine Politikverdrossenheit breit zu machen scheint? Wo doch augenscheinlich allein das Geld die Welt regiert und das Vertrauen in die Politik und ihre Repräsentanten, ja sogar gleich der Glaube an die Demokratie an sich verloren geht?

Die Antwort vieler Bürger auf diese Verdrossenheit ist in vielen europäischen Ländern, in den USA und auch bei uns: Nicht wählen oder rechts wählen. Die Sehnsucht nach einfachen, meist reaktionären Lösungen auf komplexe Fragen. Der Rückzug ins Private. Und die Durchsetzung einzelner wirtschaftlicher Interessen vor den Interessen der Allgemeinheit.

Aber es gibt auch andere Antworten: Solidarität, Kreativität, gemeinschaftliches Wirtschaften, neue Formen der Zusammenarbeit und nicht zuletzt - neue Formen einer partizipativen, zeitgemäßen Demokratie. Und es gibt Menschen, die an diesen neuen Modellen mitdenken und mitarbeiten wollen. Die sich verantwortlich fühlen, auch für die nächsten Generationen. Diesen Menschen gebührt die Aufmerksamkeit.

Nicht den Angstmachern, Schwarzsehern und Krawalltreibern, denen es meistens doch nur um die eigenen Macht- und Besitzansprüche im Hier und Jetzt geht.

Demokratie ist eben nicht nur das Kreuz alle vier Jahre auf einem Wahlzettel. Demokratie heißt beständig teilnehmen. Als Mitglied eines Ortsbeirates oder einer Stadtverordnetenversammlung - auch dies übrigens Ehrenämter - oder als engagierter Mensch in

der Schule, im Studium, im Arbeitsleben, in der Nachbarschaft, in der Wohlfahrt, für Natur und Umwelt, für das Sozialwesen.

Und Demokratie heißt, Strukturen öffnen und durchlässig machen, Beteiligung ermöglichen, Macht teilen und politische Beauftragung als Dienstleistung an den Bürger*innen zu begreifen.

Dann sind Politik und Volk nicht die einen und die anderen, sondern: Kollegen.

Inhaltsverzeichnis

„Öffentliche Anfragen sind für den Prozess nicht förderlich“	S. 2
Offene Skizze eines soziokulturellen Quartiers - L14	S. 3
Kommentare zum Thema Bürgerbeteiligung	S. 4
Mischpult- Kurz und knackig	S. 5
Gemeinsamkeit geht durch den Magen	S. 6
Briefe aus der Redaktion	S. 7
Der AfD-Stammtisch in Niesig	S. 8
Stellungnahme letzter Hand zu Dr. Danzebrink	S. 9
Afghanistan ist kein sicheres Land	S. 10
Life is education - Neues von Bisrat	S. 11
Kriegsspuren erkennen - Waffenhandel beenden	S. 12
Briefe an die Redaktion	S. 13
Stromkonzerne kaufen sich frei	S. 14
Seht doch - es geht doch!	S. 15
Impressum	S. 16

„Öffentliche Anfragen sind für den Prozess nicht förderlich“

Das Gelände in der Langebrückenstraße 14 beschäftigt seit geraumer Zeit die Bürger und Bürgerinnen. Und auch den Magistrat.

Im August 2016 wurde der Verkauf des Fabrikgeländes in der Langebrückenstraße 14 bekannt. Den dort angesiedelten soziokulturellen Initiativen droht nun wegen Neubebauungsplänen das Aus. Um in den Prozess eingreifen zu können, hatten sie die „Bürger*innen-Initiative Langebrückenstraße 14“ gegründet. Ein Bericht über Sein und Werden des L14.

Ein Pfeilschuss in einen Bienenkorb könnte nicht dramatischer ausfallen, als die Ankündigung in den ostthessischen Medien zum Verkauf des Areals in der Langebrückenstraße 14 an die Petersberger Investoren Burg & Geissendörfer. Das ehemalige Fabrikgelände, das sich von der Langebrückenstraße bis zur Weimarer Straße unterhalb des Tunnels zieht, wird nicht umsonst von den derzeit handelnden Akteuren als „Filetstück“ bezeichnet. Ist es doch eines der letzten attraktiven Gelände im Innenstadtbereich, das früher oder später in die Hände von Investoren gelangen musste. Zum Verkauf stand es bereits seit einigen Jahren, allein der angesetzte Preis schien vielen Interessenten zu hoch und die Kommunikation mit den in Hamburg ansässigen Eigentümern war alles andere als leicht.

Die Gefahr eines Verkaufes, und damit die Bedrohung durch einen Abriss war auch den zahlreichen Initiativen bekannt, die sich im Bereich des Hinterhofes im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte als Untermieter des Jugendwerkes der AWO Nordhessen angesiedelt haben. Während die AWO Fulda viele Jahre lang das imposante Vorderhaus als Geschäftsstelle nutzte und mit Bewerbungstraining und der Fahrradmanufaktur „Lohn & Brot“ im Hinterhaus residierte, war das Jugendwerk mit Streetwork-Projekten lange im Hof beheimatet. Schon vor zwanzig Jahren wurde hier ein Teil der Räumlichkeiten an das Kunstprojekt „Eismaschine“ der damals noch in Fulda lebenden Künstler Matthias Martens und Robbie Cyron untervermietet, und im Konzertraum L14, das zu dieser Zeit noch nicht Café Panama hieß, fanden bereits Punk- und Metalkonzerte statt.

Seit zwanzig Jahren Subkultur

Der Einzug der alternativen Kultur begann hier also bereits vor langer Zeit. Inzwischen sind deutlich mehr ehrenamtliche Initiativen im L14 angesiedelt und haben hier eine für Fulda einmalige soziokulturelle Struktur aufgebaut, deren Gemeinsamkeit bei aller Unterschiedlichkeit der Angebote in der Nachhaltigkeit liegt. Die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft „Gelbe Rübe“, über die man als Mitglied ökologische und faire Lebensmittel aus der Region beziehen kann, ist dort ebenso aktiv wie der Kleider-Tauschladen, selbstverständlich geldfrei. Daneben finden sich die „Nähbar“ und die Siebdruckwerkstatt, während kulturelle Aspekte im unteren Geschoss durch das Café Panama und das Kino 35 abgedeckt werden. Jüngst wurde auch das Repair-Café „ErneuerBar“ eröffnet. Weiter sind in der ehemaligen Bootshalle Ateliers und Werkstätten entstanden und im gegenüber liegenden Gebäudetrakt befindet sich das Vereinsheim „Underground“ des YouRoPa e.V.. Sonntags wird im L14

von der „Küche für alle“ veganes Essen gezaubert, die Trommelgruppe „Djembe“ trifft sich genauso wie die Zirkus- und die Theatergruppe. Zudem nutzen die Räume auch dort nicht angesiedelte Initiativen wie KÖK e.V., Greenpeace Fulda oder das Initiativen-Netzwerk. Welche Vielfalt sich an diesem Ort konzentriert, davon konnten sich hunderte Besucher*innen auf dem eiligst inszenierten Hoffest am 18. September ein Bild machen, von dem es auch einen Trailer im Offenen Kanal Fulda und auf youtube gibt. Auch Vertreter*innen der Stadtverordnetenfraktionen von Linke/Offene Liste, Bündnis'90/Die Grünen, SPD und CDU waren zu Besuch auf dem Fest, ebenso der Investor Christopher Burg und der ehemalige Kulturamtsleiter Dr. Werner Kirchhoff, der sich einst lange vergeblich dafür einsetzte, das ehemalige Fabrikgelände unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Viele Menschen betreten aufgrund der Medienberichterstattung erstmals das Gelände L14 um sich zu informieren. Dies wurde den VertreterInnen der unmittelbar nach Bekanntgabe des Verkaufes gegründeten „Bürger*innen-Initiative Langebrückenstraße 14“, kurz BI-L14, an deren Infostand während des Hoffestes immer wieder versichert.

Die BI-L14 wurde etwa eine Woche nach Bekanntgabe des Verkaufes ins Leben gerufen, in ihr finden sich alle ansässigen Initiativen, sowie AnwohnerInnen und zahlreiche Einzelpersonen wieder, die sich seitdem dafür einsetzen, das L14 und seine Vielfalt zu erhalten. In einem „Offenen Brief“ appellierte die BI an OB Dr. Heiko Wingenfeld und Bürgermeister Dag Wehner „unser nachfolgendes Anliegen wirkungsvoll zu unterstützen“. Schließlich entsteht „mit der Kündigung des bisherigen Mietverhältnisses zum Februar 2017 (...) ein Druckfaktor, welcher nicht nur uns (...) sondern ein breites, bürgerschaftliches Engagement in der Stadt Fulda betrifft.“ Der Brief wurde von den ostthessischen Medien im Wortlaut wiedergegeben und die Reaktion der Stadt Fulda folgte prompt. Zeitnah, so die Aussage in einer Presseinformation, würde die Stadt der BI-L14 einen Gesprächstermin anbieten. Der angedachte Gesprächstermin Anfang November war der BI dann doch deutlich zu spät. Nach einem erneuten Brief der BI an den Oberbürgermeister kam es tatsächlich zum vorgezogenen Erstgespräch im Stadtschloss bereits Ende September, was wichtig war, um eine Richtung erfahren zu können und einen vagen Einblick in den bis dahin eher verwirrenden Gerüchtekessel aus Abrissbefürchtungen, Wohnbebauungsplänen, Vorkaufrechtspekulationen und Denkmalschutzbehinderungen zu bekommen.

Dabei geht das Tauziehen um das Areal in der Langebrückenstraße bereits seit längerem, wenngleich auch deutlich weniger spektakulär als in den letzten Wochen. Schon vor rund vier Jahren, als bekannt wurde, dass das Gelände für einen Preis von über vier Millionen Euro zum Verkauf angeboten wurde, gab es erste Gespräche mit Vertretern der Stadt von Seiten des AWO-Jugendwerkes, da eine Verlängerung des bestehenden Mietvertrages immer nur um ein weiteres Jahr erfolgte und hier eine große Unsicherheit für die bestehenden Projekte in

der Luft lag. Bereits während dieser Zeit siedelten sich immer mehr Initiativen auf dem Gelände an. Das Kino35 war erst seit kurzer Zeit aktiv und die Gelbe Rübe zog auch

des Areals frühzeitig beeinflussen zu können und auf die Stadt hinwirken zu können, das Viertel als Sanierungsgebiet auszuschreiben und so im Vorfeld zumindest die Option



Foto: Sebastian Krasnik

erst vom Heinrich-von-Bibra-Platz dorthin; Kleidertausch und Nähbar beispielsweise entstanden erst in dieser Zeit. Trotz des Damoklesschwertes vom drohenden Verkauf entwickelte sich das L14 immer mehr zum Oberzentrum subkultureller Aktivitäten und zu einem Ort der Vernetzung von Nachhaltigkeits-Initiativen jedweder Art und genutzt von Bevölkerungskreisen jeglichen Alters und Herkunft. Das alljährliche Hoffest bot eine gute Möglichkeit, einen Eindruck in die vielfältige Struktur zu bekommen. Um die Aussicht auf städtische Fördergelder zu erhalten, wurden im kompletten Jahr 2014 die Anzahl der Veranstaltungen und die BesucherInnenströme gezählt. Die erhobenen Zahlen von rund 18.000 BesucherInnen in über 500 Veranstaltungen im Gebäudekomplex, die auch im Offenen Brief erwähnt wurden, sind seitdem sogar deutlich gestiegen, da die Quantität der Veranstaltungen und Treffen sogar noch zugenommen hat und auch das Kino35 und die Tanzveranstaltung „International Soundclash“ als Publikumsmagneten inzwischen erheblich bekannter sind als noch vor zwei Jahren.

Doch warum wurde eine Bürger*innen-Initiative nicht bereits in den letzten Jahren aktiv, um die Zukunft

aufrecht zu halten, hier stadtplanerisch eingreifen zu können?

Zu erklären wäre dies mit einem stillschweigenden Abkommen zwischen den diversen Nutzer*innen und dem Jugendwerk der AWO mit Sitz in Kassel. Diese ist Hauptmieterin des Komplexes und Christian Schmitt als Referent des Jugendwerkes in Fulda hält als deren örtlicher Vertreter den Mietvertrag, der aktuell noch bis Ende Februar 2017 läuft. Eine mündliche Verlängerungszusage durch Investor Burg steht allerdings im Raum. Eine Untervermietung von Räumen an Initiativen fand über Christian Schmitt statt, der bis dahin in Kontakt zu den Eigentümern stand, die ihrerseits keinerlei Interesse an Sanierung oder Reparatur aufbrachten. Sie waren nahezu unerreichbar und schriftliche Anfragen wurden nicht beantwortet. Das Gelände wurde dem Verfall preisgegeben, und so musste zum Beispiel die Kino-Initiative auf die Spendenbereitschaft ihrer Filmbesucher*innen zurückgreifen, um eine provisorische Stütze für den von Zusammenfall bedrohten Schornstein zu errichten, damit der Spielbetrieb aufrecht erhalten werden konnte. Die Initiativen kümmerten sich also in erster Linie um ihr Tagesgeschäft, in beiderseitigem Agreement mit dem Hauptmieter,

Jugendwerk, das selber einige Projekte im Haus durchführte.

Ein Bedarf, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Langebrückenstraße zu richten, wurde weder von den Initiativen, noch vom Jugendwerk gesehen. Die nun gegründete BI existiert als Interessenvertretung aller Initiativen parallel zum Jugendwerk der AWO, beide mit dem Grundinteresse, den Standort langfristig halten zu können. Bislang treffen sie alle auf eine große Gesprächsbereitschaft, auch bei den Investoren, so Matthias Söhlke, einer der BI-Sprecher. Diese zumindest gegenwärtige Offenheit hat die BI auch dazu veranlasst, eine „Offene Skizze“ über die weitere Gestaltung des 7.300 m² großen Areals zu erstellen, mit der sie sich offensiv an Stadt und Investoren richtet und so zeigen will, dass sie nicht nur kämpferisch ist, sondern auch innovativ. Bei der Veröffentlichung Mitte Oktober im Kino35 waren demnach auch OB Wingenfeld und Investor Burg zugegen und zeigten sich sichtlich interessiert. Die Areale „Hotel Magdas“ in Wien und „Grandhotel Cosmopolis“ in Augsburg sind auch ihnen ein Begriff und diese dienten auch der BI in ihrer Skizze zum Vorbild. Auch die „Knechtschen Hallen“ in Elmshorn können an dieser Stelle zusätzlich erwähnt werden. In diesen Beispielen wird gezeigt, dass die Verbindung von freier Soziokultur, Übernachtung, Gastronomie und Wohnraum bestens funktionieren kann, wenn der politische und planerische Wille dazu vorhanden ist.

„Öffentliche Anfragen sind für den Prozess nicht förderlich“

Dass bereits im Vorfeld des Verkaufes Aktivitäten zur Sicherung des L14 stattfanden, zeigen die Bemühungen der Oppositionsparteien. So stellte bereits die Grünen-Stadtverordnetenfraktion im November 2015 einen Haushaltsantrag zum Kauf des Geländes, um stadtplanerisch tätig werden zu können und dennoch die Soziokultur dort halten zu können. Der Antrag wurde in einen Prüfantrag umgewandelt und liegt seitdem unbearbeitet auf Halde. Anfang Juli 2016, einen Monat vor Bekanntgabe des Verkaufes, stellte die Linke/Offene Liste eine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung und wollte von Stadtbaurat Daniel Schreiner wissen, in welcher Phase der Prüfauftrag sich denn nun befinde und vor allem, ob es Bauvoranfragen von Kaufinteressenten gäbe. Hier zumindest bestätigte Schreiner gemäß Protokoll, dass „Stadtbaurat und Fachverwaltung (...) Kontakt zur Eigentümergemeinschaft herstellen“ konnten und es in der Korrespondenz bislang um „Untersuchungen und Gutachten“ ginge, konkrete Kaufverhandlungen allerdings noch nicht geführt werden konnten. Das erstaunliche Element in der Beantwortung der Anfrage ist allerdings die protokollierte Aussage, dass „Öffentliche Anfragen (...) für den Prozess nicht förderlich“ seien.

Scheinbar war und ist es nicht im Interesse der Stadt, das Thema Langebrückenstraße öffentlich hochkochen zu lassen. Dass es nur einen Monat nach der Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung zur Bekanntgabe des Verkaufes kam, lässt hier aufhorchen.

Bitte lesen Sie auf der nächsten Seite weiter.

Die L14

Fortsetzung des Berichtes über die Langebrückenstraße.

OB Wingenfeld bekräftigte in dem Gespräch mit der BI im September, er habe erst wenige Tage vor der Presseveröffentlichung vom Verkauf Kenntnis bekommen. Auch die vergebliche Mühe der Stadt, mit den bisherigen Eigentümern in näheren Kontakt zu treten, um Kaufinteresse zu signalisieren, zeugt eher von Halbherzigkeit. Dass die Stadt das Areal nicht als Sanierungsgebiet ausgewiesen und sich damit ein Vorkaufsrecht hätte sichern können, ist entweder verwaltungstechnische Raffinesse oder stadtplanerische Nachlässigkeit. Mit dem Kauf durch die Investoren Burg & Geissendörfer jedenfalls scheint man bei der Stadt recht zufrieden. Haben diese doch bereits kreativen Mut gezeigt, beispielsweise in der Umgestaltung des Telekomgebäudes Unterm Hl. Kreuz in ein trendiges Hotel und der Verwandlung des vor sich hin gammelnden Glaspalastes in der Kurfürstenstraße in ein Studierendenwohnheim. Die lokale Verwurzelung der Investoren und deren Innovationsexperimente geben jetzt auch der BI die Hoffnung, hier Einfluss auf den Verbleib in der Langebrückenstraße zu nehmen und in der zukünftigen Nutzung berücksichtigt zu werden. Der komplette Verlauf des unter Umständen mehrjährigen Entwicklungsprozesses jedenfalls wird auf Film festgehalten, eine Methode, die auch den Prozess um ein ehemaliges Fabrikgelände in Köln-Ehrenfeld durchaus positiv im Sinne der dortigen BI beeinflusst haben könnte (Film: „Wem gehört die Stadt – Bürger in Bewegung“, AGORA berichtete). Schließlich geht es neben dem Geld auch immer um eine positive Außenwirkung.

Einzigartige Hallenkonstruktionen

Was bei den Diskussionen bislang weitgehend unterging ist die Existenz der an den genutzten Komplex angrenzenden Fabrikhallen auf dem Gelände. Die Hallen, die laut einem Leserbrief von Michael Mott (namhafter Historiker und Herausgeber der Bildbände „Fulda einst und jetzt“) in der Fuldaer Zeitung vom 18. August 2016, in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden, haben eine seltene Sheddach-Konstruktion, die weitgehend selbsttragend erstaunlich viel Licht auf die Produktionsflächen bringen. Auch wenn ein Teil der Hallen mangels Pflege langsam in sich zusammenfällt, steht etwa die Hälfte noch sanierfähig da und ist mit überschaubarem Aufwand als Industriedenkmal durchaus erhaltenswert. Welche Gründe auch immer eine Rolle gespielt haben mögen, dass die Wiesbadener Denkmalaufsicht diese Hallen nicht unter Denkmalschutz stellte, bleibt offen. Schließlich wurden einige Jahre zuvor die einzigen einst noch verbliebenen Hallen auf dem Gelände des Parzeller-Verlages wohl mit dem Argument dem Abriss freigegeben, es gäbe in der Langebrückenstraße noch ein Ensemble dieses Bautyps, das erhalten werden könnte. Die Vorgehensweise des in sich verschlossenen und nicht öffentlich tagenden Denkmalschutzbeirates ist hier widersprüchlich und selbst für Interessierte nicht immer durchschaubar. In der „Offenen Skizze“ der BI finden die letzten verbliebenen Hallen in Fulda daher auch besondere Beachtung, zumal sie sich sicherlich als architektonisch interessantes Nutzgebäude in ein Wohnkonzept integrieren lassen würden.

Wie geht's weiter?

Momentan werden die Dinge erst einmal geordnet, die BI zeigt sich diplomatisch und kämpferisch zugleich. In kürzester Zeit haben sie nicht nur ein gut besuchtes Hoffest veranstaltet und eine interne Planungsgruppe gebildet, die mit der Erstellung der mehrseitigen „Offenen Skizze“ Kompetenz bewies, sondern auch die Gespräche mit den handelnden Akteuren gesucht und eine bunte Kundgebung zum Erhalt des L14 Ende Oktober auf dem Jesuitenplatz durchgeführt. Von Seiten der Investoren ist laut Aussage der BI bis Jahresende Ruhe angesagt, bevor planerische Tätigkeiten aufgenommen werden. Erst wenn der Verkauf rechtskräftig über die Bühne gegangen ist, wird hier angesetzt. Zugesagt ist die Verlängerung des bestehenden Mietvertrages, der den Initiativen ein wenig Luft verschaffen dürfte. Christopher Burg, selbst früherer Besucher des „Soundclash“, sieht hier keine Eile in der Entwicklung des Areals.

Auf Seiten der Stadt Fulda kehrte durch die Aufnahme in das Förderprogramm „Stadtumbau West“ für das Gebiet Hinterburg/Langebrückenstraße Zufriedenheit ein, da so auch zusätzlicher Wohnraum im urbanen Umfeld geschaffen werden soll. Gegenüber der BI erwähnte OB Wingenfeld zumindest auch den Standort Langebrückenstraße als eine der wenigen größeren Flächen im inneren Stadtgebiet, die den gewachsenen Bedarf nach bezahlbarem innerstädtischen Wohnraum zumindest ein Stück weit zufrieden stellen soll. Die Langebrückenstraße wird hier als ein Kernstück in dieser Entwicklung gesehen. Durch die Vorschrift im Förderprogramm „Stadtumbau West“, zivilgesellschaftliche Kräfte ebenso wie Privatpersonen und Träger einzubinden, ist die BI nun als eine der beratenden Kräfte der Lenkungsgruppe vorgesehen, welche die weiteren Planungen in diesem Viertel begleitet. Die Bezeichnung „Westbrücke“ in der Skizze der BI hebt die Bedeutung des Ortes L14 hervor. Ob es in Fulda wie in Köln-Ehrenfeld auch zu einem Teilrückkauf des Geländes durch die Stadt kommen könnte, bleibt derzeit reine Spekulation. Die Zeichen der Zeit allerdings deuten darauf hin, dass die Chancen nicht allzu schlecht stehen. Schließlich gibt es hier eine gewachsene Struktur, die auch zahlreiche Studierende anspricht. Für deren Wohlgefühl ist das Angebot in der Stadt Fulda derzeit recht überschaubar. Das weiß auch OB Wingenfeld und ist deshalb für diese Denkrichtung offen. In weiteren anstehenden Gesprächen wird es mit Stadt und Investoren auch darum gehen, in welcher Form das L14 erhalten werden kann und wie sich freie Kultur mit Wohnbebauung vereinbaren lässt.

Immerhin hat die Stadt aus dem vergangenen Haushaltsjahr einen Überschuss von rund 11 Millionen Euro erwirtschaftet, was das Urgestein der Fuldaer CDU, Hans-Dieter Alt, zu dem Vorschlag in der Stadtverordnetenversammlung vom 18. September veranlasste, diese Mittel für die Langebrückenstraße einzusetzen.

Das Geld wäre sicherlich nicht falsch angelegt!

„Eine partizipative Kultureinrichtung“

Am 13. Oktober präsentierte die „Bürger*innen-Initiative L14“ ihre konzeptionellen Vorstellungen unter dem Titel „L14 – Die Westbrücke zur Stadt“ im Kino35 unter Anwesenheit von u.a. OB Dr. Heiko Wingenfeld und Investor Christopher Burg. Darin legte sie ihre Visionen offen, wie trotz der Umbaupläne der Stadt und den baulichen

Interessen der Investoren Burg & Geissendörfer ein Verbleib des soziokulturellen Zentrums L14 aussehen könnte. In der 14-seitigen Skizze werden die Perspektiven sogar erweitert, in dem als Ziel eine „multifunktionale Einrichtung“ ausgegeben wird. So sieht die BI hier als wesentliche Zukunftspunkte:

- einen Ort des Austausches für Kulturschaffende und -interessierte (...)

- Langfristige Planungssicherheit für die verorteten Initiativen (...)

- Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoption zu bieten und Botschafter des inklusiven Kultur- und Integrationsverständnis unserer Stadt zu sein

- Dem Umfeld im Quartier durch eine partizipative Kultureinrichtung Mitgestaltungsmöglichkeiten zu erhalten (...)

- Die Vielfalt der Bewohnerstruktur im Viertel zu erhalten und zu stärken

- Erhalt und Ausbau dieses poetischen Ortes, der identitätsstiftend für Fuldaer Bürger ist

- Bewahren des offenen Innenhof-Ambientes des Areals

Kernstück neben dem Erhalt der jetzigen Struktur und dem Teilerhalt der Industriehallen, und damit sicherlich interessant für die mit der Planung befassten Personen, ist die Idee eines Cafébetriebes und die Eröffnung eines Hostels. Die BI verweist hier auf den für viele Individualtouristen bedeutsamen Ankunftsweg von der Weimarer Straße zur Innenstadt, der unweigerlich am L14 vorbeiführt. Café und Hostel indes würden zahlreichen Menschen mit Hilfebedarf sowie Geflüchteten eine Beschäftigungs- und Integrationsmöglichkeit bieten und zudem den dort längst praktizierten nachhaltigen Upcycling-Gedanken weitertragen.

In Bezug auf die Tragfähigkeit wird ein Teilrückkauf des Geländes durch die Stadt Fulda von Seiten der BI angestrebt, gegebenenfalls auch eine Langzeitvermietung durch die Investoren an die Stadt. In deren Verantwortung, so die BI, liegt auch die Pflicht zur Ermöglichung von Freiräumen für soziokulturelle Bewegungen. Fulda hat als Metropole im ostthessischen Raum neben der Hoch- und der Trivialkultur auch eine blühende Subkultur. Die BI verweist weiter auf Förderprogramme von EU, Bund und Land und sieht auch lokale Sozialbetriebe in den Umbau integriert. „Unsere Skizze will hier ein positives stadtplanerisches Zeichen setzen und die soziale Innovation darstellen, die dieses Areal bietet. (...) Für die Bürger dieser Stadt wünschen wir uns den Erhalt dieses identitätsstiftenden Sozietops, das so vielen Menschen Impulse zur Teilhabe gibt.“

Die Skizze kann in kompletter Länge als PDF bei der BI angefordert werden. Eine Nachricht an die Mailadresse BI-L14@gmx.de oder eine Nachricht auf die facebook-Seite der BI reicht aus.



Foto: Walter M. Rammner



Weitere Informationen:

Web: <http://bi-l14.cafepanama.de/>

Facebook: www.facebook.com/Bürgerinitiative-L14

Youtube: www.youtube.com/watch?v=33EYYqTyBCE



Kommentare zum Thema Bürgerbeteiligung

Als engagierter Bürger in Fulda finde ich den gemeinsamen Prozess, den Investoren, Stadtverwaltung und Bürger*innen der L14 begonnen haben, sehr spannend. Denn die daraus entstehende mögliche Beteiligungsform ist für Fulda neu. Das Ergebnis ist ungewiss, die Verwaltungsspitze öffnet sich, und beides hat mit Mut zu tun. Diese Offenheit, wenn denn authentisch, ist auch ein Zeichen von Stärke. Die Verantwortung liegt jetzt bei allen drei Seiten.

Im Vergleich symbolisiert die Entwicklung am Löhertor den traurigen, gewöhnlichen Weg, den Fulda so oft nimmt. Seit Jahren laufen wir Bürger*innen der Unterstadt jeden Tag an einem toten Gebäude entlang - bezeichnenderweise ist übrigens das einzige, was dort noch geöffnet ist, die Tiefgarage - und haben Gedanken und Visionen, wie es dort einmal wieder lebendig aussehen könnte. Nur um dann zu erfahren, dass der private Investor die vordere Front (Löherstraße, Bardostraße) schon fest geplant hat. Für den hinteren Teil wurde eine Kommission gebildet. Immerhin, würde man wohl sagen. Die Kommission besteht aus Investor, Stadtverwaltung, Architekten und ausgewählten Personen aus der Stadtverordnetenversammlung. Das Angebot, Ideen direkt von den Anwohner*innen zu nutzen, ist ausdrücklich nicht erwünscht. Stattdessen ruft Herr Jennemann (SPD - wahrscheinlich als Sprachrohr vieler anderer Mitglieder der Kommission) den Bürger*innen gönnerhaft zu: „Es wird was Schönes dabei rauskommen!“ Welches Bild über die Beziehung zwischen Amtsträgern und Bürger*innen spiegelt das wieder? Oder erkenne nur ich da das alte Prinzip von: „Ich oben, du unten?“ - und man komme mir jetzt bloß nicht mit der These, man brauche Hierarchien, damit etwas funktioniert. Es gibt längst moderne Modelle und neue Formen mit natürlichen Stufen, die Zusammenarbeit und Entscheidungsprozesse organisieren helfen - ich bin gerne für eine Diskussion darüber bereit.

Der Prozess rund um die L14 spiegelt da schon ein neues Bild wieder. Hier besteht die Chance, alle Seiten als gleichberechtigte Partner zu sehen. Dabei ist noch mal zu betonen, dass dann auch Bürger*innen als Experten eine neue Form von Verantwortung übernehmen müssen. Was unbequem werden kann. Nichts desto trotz, wer bitte schön ist eher geeignet, einen Ort mitzugestalten, als die Menschen, die seit Jahren Zeit, Schweiß, Gedanken, Träume, Hingabe, Geld und Ehrenamt dort investiert haben.

Auf die Frage, wem gehört die Stadt, kann man im Moment wohl sagen, sie verkauft sich selber gerne an „Private“. Das Leben darin und drum herum gehört jedoch uns allen. Wir alle tragen dazu bei, die Stadt überhaupt erst zum Leben zu erwecken. Bunt oder Grau konform. Und genau hier kann auch die Stadtverwaltung gestalterisch beitragen. Aus meiner Sicht hat sie vor allem diese eine Aufgabe: Räume anzubieten und im Dienste ihrer Bürger*innen co-kreative Prozesse zu begleiten.

Im Sommer war ich glücklicherweise bei einem Hörmahl Konzert von Alex Mayr im Cafe Panama. In ihrem

Lied „Gut gegen Böse“ singt sie im Refrain: „Schubladen gehen auf und zu, das Hirn sendet schwarz weiß. Dreh dir mal mehr Farbe rein, dreh dir mal mehr Farbe rein...“

Danke L14, dass du da was drehst.

Felix Döppner, Fulda

„Wem gehört die Stadt?“

Unter diesem Motto hatte die „Interessengemeinschaft Löherstraße“ gemeinsam mit dem Kulturverein „Kino 35“ und AGORA am 19. August zu einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion eingeladen. Am Beispiel eines Kölner Stadtteils wurde die Beteiligung der dortigen Anwohner an den Planungen zur Neubebauung eines alten Industriegeländes gezeigt.



Diskussion zum Film „Wem gehört die Stadt“ vor dem Löhertor in Fulda. (Foto: AGORA)

Anschließend gab es einen lebhaften Austausch auch mit der anwesenden Regisseurin, wie eine solche Mitsprache bei der Neugestaltung des Löhertorzentrums aussehen könnte. Zu dieser Veranstaltung waren unter anderem Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld und Stadtbaurat Daniel Schreiner eingeladen. Über 100 Teilnehmer folgten auf dem Vorplatz des Löhertorzentrums der Filmvorführung und der anschließenden Diskussion, die leider ohne den Oberbürgermeister und den Stadtbaurat stattfand, da beide wegen anderweitigen terminlichen Verpflichtungen abgesagt hatten. Ein anschließender Brief der Bürgerinitiative, die sich unmittelbar nach der Veranstaltung gründete, mit der Bitte an den OB und Stadtbaurat einen Termin ihrerseits vorzuschlagen, um uns über die Neugestaltungspläne zu informieren und die Vorschläge der anrainenden Bürger und Gewerbetreibenden zu Gehör zu bringen, blieb bis heute unbeantwortet. In der Zwischenzeit wurde ein Architektenworkshop ins Leben gerufen, der Vorschläge für die Entwicklung des Löhertor-Areals entwickeln soll. Zu diesem Workshop wurden weder Bürger noch alle Parteien des Magistrats zugelassen.

Ergebnis: Das Hamburger Büro des Investors, bzw. ein Hamburger Ar-

chitektenteam plant die geschlossene Bebauung entlang der Löher- und Bardostraße, die Fuldaer Büros Reith und Wehner und Sichau und Partner den Innenbereich sowie die kleinteilige Bebauung in Richtung Gerbergasse.

Auch wenn es der Bürgerinitiative aktuell besonders um das Löhertor geht und man sich dort eine Bebauung und Ansiedlung wünscht, die den vorgegebenen baulichen Gegebenheiten und dem Flair des Viertels gerecht wird, will sich die Initiative zukünftig allgemein für mehr Bürgerbeteiligung an allen stadtrelevanten Planungen einsetzen. Erinnern wir uns an die Neugestaltung der heutigen „Dalberghöfe“, auf dem Gelände der ehemaligen Milchwerke. Hier wurde ein Masterplan erstellt, der bezahlbaren Wohnraum für junge Familien vorsah, viel Grünfläche zwischen Brauhausstraße und Osthessencenter,

nes alten Fabrikgeländes aussehen soll. Viele Städte haben zwischenzeitlich eine eigene Immobilienverwaltung, die wichtige Areale für die Stadtentwicklung ankauft und im Interesse von Stadt und Bürger verwaltet. Notwendige Voraussetzung ist ein Stadtentwicklungsplan, der unter Bürgerbeteiligung erstellt wird.

Allerorts wird Parteiverdrossenheit beklagt, prozentual sinkt seit Jahren die Wahlbeteiligung, ein Ergebnis von fehlender Einbeziehung der Bürger, die Entscheidungen vorgesetzt bekommen, politische Abläufe und Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen können und resignieren.

Konrad Weiß, Mitbegründer der Demokratie-Jetzt-Bewegung, hat Ende September in seinem Vortrag zum 27. Jahrestag der Gründung von „Demokratie Jetzt“ gesagt: „Un-

ere Demokratie leidet...an einem Mangel an unmittelbarer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. ... Für die Demokratieverdrossenheit sind auch die Parteien verantwortlich. Denn sie missachteten allesamt ihren Verfassungsauftrag an der politischen Willensbildung mitzuwirken - nicht, sie zu beherrschen. Sie verstehen sich als Zweck, nicht als Mittel politischen Handelns. Sie bilden geschlossene Gesellschaften, deren wichtiges Ziel nicht das Gemeinwohl ist, sondern Machterwerb und Machterhalt.“ (Frankfurter Rundschau vom 30.09.2016)

Was im Großen gilt, gilt auch im Kleinen. Sogar Markus Söder, bayerischer Minister, hat in einer der letzten „Hart aber fair“ Sendungen gesagt: „Wer den Bürgern nicht vertraut, muss sich nicht wundern, dass die Bürger kein Vertrauen mehr in die Politik haben.“

Also Schluss mit der Gutsherrenmanier. Wer Demokratie und seinen Wählerauftrag ernst nimmt, muss auch den Bürger in die Entscheidungen miteinbeziehen, dem eigentlich die Stadt gehört.

Manfred Borg,
Mitglied der IG Löherstraße, Fulda

Interview mit Anna Ditges
- Regisseurin des Dokumentarfilms „Wem gehört die Stadt?“

AGORA: Wie kam es zu diesem Film?

Anna Ditges: Ich habe mein Büro in Köln Ehrenfeld und das Gelände, um das es sich im Film dreht ist bekannt und wichtig für den Stadtteil. Als dann bekannt wurde, dass es neue Pläne für das Heliosgelände gibt, habe ich instinktiv die Kamera mit zur ersten Infoveranstaltung genommen. Das war dann die Geburtsstunde des Films.

AGORA: Weil du das Exemplarische dieses Prozesses für die Stadtplanung generell in Deutschland gesehen hast?

A.D.: Ja, ganz genau und weil es mir die Möglichkeit bot, auf sehr konkrete Weise etwas über die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger am „System Stadt“ herauszufinden. Die Bürger sind ja - mich selbst eingeschlossen - , was Politik betrifft, üblicherweise Laien; in die politischen Strukturen müssen sie sich erst einarbeiten. Wie häufig tagt der Rat? Welche Rolle spielt welches Amt, und wer entscheidet da über was? Welche Rechte und Pflichten hat ein Investor oder ein Grundstückbesitzer? Das sind fundamentale Fragen, durch die sich auch die Protagonisten in meinem Film erst einmal durchbeißen mussten, um Einfluss nehmen zu können.

AGORA: Was uns besonders bei deinem Film auffiel, ist, dass du es geschafft hast, die Protagonisten in einer Art Portrait darzustellen.

A.D.: Das freut mich sehr, dass ihr das sagt. Gerade bei so einem Planungsspiel wie der Neugestaltung eines Stadtteils, drehen sich viele Räder im System Stadt. Letztendlich hängt es aber von den Menschen ab, wie schnell, entgegengesetzt oder miteinander gedreht wird. Ein Anliegen war es, zu zeigen, dass man nicht immer einfach alles schwarz oder weiß sehen muss. „Politiker sind auch nur Menschen“ ist ein Fazit, das der Sprecher der Bürgerinitiative am Ende des Films zieht und der Investor verteidigte den Standpunkt „wir alle sind Bürger“.

AGORA: Was wäre denn dein Fazit oder deine Botschaft für uns hier in Fulda?

A.D.: Nicht nur für Fulda, sondern generell in unserer demokratischen Gesellschaft können wir wählen, ob wir die Arbeit unseren politischen Vertretern überlassen oder ob wir uns selber einbringen. Die Grenzen zwischen Politikern und Bürgeraktivisten sind fließend - und die Stadt, das sind alle Menschen, die darin leben und wirken. Der Film soll durchaus dazu anregen, sich bewusst zu machen, dass man Einfluss nehmen kann, wenn man Einfluss nehmen will.

In ihrem Dokumentarfilm beobachtet die Kölner Filmemacherin Anna Ditges, was passiert, wenn Anwohner, Investoren, Politiker und Stadtplaner ihre ganz unterschiedlichen Vorstellungen von der Zukunft ihres Viertels unter einen Hut bringen müssen. Anna hat für den Film alleine recherchiert, teilweise hochschwanger gedreht und den Film auch selbst geschnitten. Auch um die Finanzierung kümmerte sie sich eigenständig.

Mischpult - Kurz und knackig

UKW gegen NPD

Das Erfurter Radio F.R.E.I. erhielt im September den Rundfunkpreis Mitteldeutschlands für eine Reportage über mutige und ehrenamtlich tätige Helfer in der Flüchtlingsunterkunft im thüringischen Buttlar, gleich hinter der Fuldaer Landkreiskreisgrenze bei Rasdorf, die sich organisierten Neonazis entgegenstellten. Unter den Neonazis war auch der NPD-Landesvorsitzende Tobias Kammler. Dieser versucht nun über den gerichtlichen Weg, Teile der ausgezeichneten Repor-

tage verbieten zu lassen. Er sähe, so die taz vom 21. September, seine Persönlichkeitsrechte verletzt. Immer wieder sind freie Radios juristischer Scherereien mit Rechtspopulisten und Rechtsextremen ausgesetzt. Auch das Radio Dreyeckland in Freiburg/Breisgau musste sich einem Prozess stellen, den ein AfD-Mitglied anstrengte, das sich in einem Beitrag als „rassistischer Anwaltsredner“ angegriffen fühlte. Das Gericht gab dem Radiosender übrigens zumindest in diesem Punkt recht.



Foto: Alan Levine CC BY-SA 2.0

FULDA GAP auf YouTube

Seit kurzem ist auf dem Videokanal im Internet folgender Beitrag zu sehen: „Die Atombombe im Vorgarten“, eine 45minütige Dokumentation, die der Berliner Filmemacher Rudolf Herzog 2014 für arte gedreht hat. Von den ersten überirdischen und skandalösen Atomtests in Nevada und anderswo führt die Kamera über die Südseeatolle schließlich im letzten Teil folgerichtig/folgefalsch ins Fulda Gap und zeigt wichtige Szenen und Einsichten aus der regionalen Friedens- und Widerstandarbeit. Mit dem Begriff Fulda Gap bezeichneten die US-Streitkräfte während des Kalten Krieges das Gebiet um Fulda und Osthessen nahe der Grenze zur DDR. Das Fulda Gap wurde als wahrscheinlichstes Gebiet bei einer Invasion von Truppen des

Warschauer Paktes nach Westeuropa angesehen und sollte deshalb militärisch besonders aufgerüstet werden. Die erste Verteidigungslinie der Nato wäre vor den Toren Frankfurts aufgebaut worden. Die Bevölkerung Osthessens, also auch wir hier in Fulda, wäre geopfert und zwischen den Truppen zerrieben worden. Unter anderem kommt im Film der Fuldaer Friedensforscher Dr. Peter Krahele ausführlich zu Wort. Eine ebenso erhellende wie erschreckende Dokumentation zu einem brisanten und weithin verdrängten Thema der kürzeren Zeitgeschichte im Fuldaer Land. Sie rückt mit ihren drastischen Bildern ein Geschehen in den Fokus, welches im Ernstfall nur die wenigsten Bürger im Kreis Fulda überlebt hätten.

Prädikat: Sehr sehenswert!



Foto: public domain

Richter bestätigen Gemeinnützigkeit von attac

attac ist gemeinnützig. Das politische Engagement des Netzwerkes gegen die neoliberale Globalisierung steht seiner Gemeinnützigkeit nicht entgegen. Das hat das Hessische Finanzgericht in Kassel Anfang November entschieden. Die Richter gaben damit der Klage von Attac gegen das Finanzamt Frankfurt statt. Dieses hatte dem Netzwerk im April 2014 die Gemeinnützigkeit entzogen mit der Begründung, es sei zu politisch. Infolge der Entscheidung des Finanzamts durften Mitglieder und Unterstützer der Attac-Arbeit ihre Beiträge und Spenden nicht mehr von der Steuer absetzen, Stiftungen und andere Institutionen konnten Projekte von Attac nicht mehr fördern. In ihrer Urteilsbegründung folgen

die Richter der Argumentation der Globalisierungskritiker, dass das Gesetz gemeinnützigen Vereinen nicht grundsätzlich politische Aktivitäten verbietet. Ausschlaggebend für die Gemeinnützigkeit sei die Frage, ob er die in seiner Satzung benannten Zwecke verfolgt. Zwecke wie Bildung, die Förderung des demokratischen Staatswesens oder Völkerverständigung seien dabei ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung kaum zu verfolgen. „Dieses Urteil ist ein Sieg für die gesamte Zivilgesellschaft (...). Eine moderne Demokratie braucht kritische Bürgerinnen und Bürger und starke Nichtregierungsorganisationen, die politische Entscheidungsprozesse aktiv begleiten und sich einmischen. Das hat das Gericht anerkannt“, sagte Dirk Friedrichs vom Vorstand des Attac-Trägervereins nach der Verhandlung.

Ideen für ein neues Platzgefühl in der Innenstadt

Planer*innen und Stadtbaurat Schreiner sammelten Anregungen und Kritik für neue Verkehrsentwicklung bei gemeinsamer Radtour - Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Knapp zwanzig meist regensicher gekleidete Radler und Radlerinnen waren an einem kühlen Samstagnachmittag der Einladung gefolgt, an der Planungsradtour im Rahmen der Ausarbeitung des neuen Verkehrsentwicklungsplans der Stadt Fulda teilzunehmen.

Moderiert und geleitet wurde die Bürgerbeteiligungsveranstaltung von zwei Mitarbeiterinnen des beauftragten Büros Planersocietät. Mit von der Partie: Stadtbaurat Daniel Schreiner, der gleich mit Familie gekommen war und der den vielen Vorschlägen, aber auch mancher Kritik an der bisher vor allem am Auto ausgerichteten Verkehrsinfrastruktur Fuldas interessiert lauschte.

Ganz neues Platzgefühl

Merja Spott vom Dortmunder Planungsbüro lud schon am Sammelplatz direkt vorm Dom dazu ein, einmal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. So sind beispielsweise der Fuldaer Dom und das Schloss durch eine vergleichsweise stark befahrene, häufig als Durchgangsstraße benutzte Verkehrsader vom Kern der historischen Innenstadt getrennt. Als Positivbeispiel zum Weiterdenken stellte Spott hier den Raum am Schwetzingen Schloss vor, dessen Umgestaltung zum „shared space“ - also einem gleichberechtigten von zu Fuß Gehenden, Radelnden und Autofahrenden benutzten Areal - in der Presse mit Formulierungen wie „ganz neues Platzgefühl“ gefeiert wurde. Der Oberbürgermeister Schwetzingens, Dr. René Pöhl, kommentierte damals, dass besonders schön sei, „dass auf Fußgänger besondere Rücksicht genommen wird und diese gefahrlos an jeder Stelle des Platzes den Fahrbereich queren können. Die Aufenthaltsqualität in den Sommermonaten ist deutlich gestiegen.“

Beim ersten Haltepunkt der Tour direkt an der Stadtpfarrkirche St. Blasius, häufte sich die Kritik der Teilnehmenden am Autoverkehr im historischen Zentrum, so dass Christine Walther aus dem Büro Gertz Gutsche Rümenapp aus Hamburg beim Protokollieren kaum mitkam. Dass die Interessengemeinschaft Friedrichstraße, in der sich die Gaststätten- und Ladeninhaber der Straße zusammengeschlossen haben, strikt gegen eine Umwandlung der Friedrichstraße in eine Fußgängerzone ist, stieß auf Unverständnis.

„Wem gebe ich den Raum?“

„Mir kann keiner erzählen, dass ein Autofahrer hier parkt, um bei Müller eine Zahnpasta zu kaufen“, kommentierte eine Teilnehmerin vom ADFC kritisch. Tatsächlich hätten Zählungen der Stadt ergeben, dass der meiste Verkehr auf der Friedrichstraße Parksuchverkehr sei und sein Ziel gar nicht in der Friedrichstraße habe. „Wir haben eine historische Innenstadt“, so Merja Spott auch mit Verweis auf die immense Fläche, die parkende Autos direkt auf den ohnehin schon engen Straßen der Innenstadt wegnehmen. Die Frage sei dort: „Wem

gebe ich da den Raum?“

Anschließend holperte die Gruppe Radelnde über die Friedrichstraße in die Robert-Kircher-Straße und radelte dann über Am Rosengarten links in die Bardo- und Von-Schildeck-Straße hinein und hielt an der Kreuzung zur Rangstraße - und durchquerte so einige der Ecken, die für alle, die mit dem Rad und zu Fuß unterwegs sind, zu den unwirtschaftlichsten Orten Fuldas gehören. Zwar gab es auch einen Teilnehmer, der sich beschwerte: „Radfahrer fahren manchmal mit einem Affenzahn an Fußgängern vorbei.“ Doch gerade die befahrene Route zeigte, dass viele Radelnde in Fulda deshalb auf dem Fußweg fahren, weil sie Angst haben, auf der Straße zu fahren, oder weil sie gar nicht bedacht wurden. So können Radelnde beispielsweise nicht legal radelfahrend von der Löhnerstraße zu denn's und ALDI gelangen, ohne einen unzumutbar-

drängt, bis zur immer noch ungenügenden Fahrradparksituation und mangelhafter Busanbindung wurden einiges Verbesserungswürdige identifiziert. Auch hier lud Spott wieder zum Blick nach draußen, indem sie ein Bild vom Amsterdamer Fahrradparkhaus zeigte. Für solche Lösungen finden sich allerdings auch geografisch nähere Beispiele - zum Beispiel in Göttingen, wo in das Fahrradparkhaus praktischerweise auch gleich ein Fahrradladen mit Werkstatt integriert ist.

AGORA meint: Daumen hoch - uns gefällt das!

Geht doch! Die Stadtverwaltung will einen neuen Verkehrsentwicklungsplan erstellen und fragt frühzeitig ihre Bürger*innen nach Anregungen und Kritik zum Thema. Sie bindet ein Planungsbüro ein, das sich mit sowas auskennt

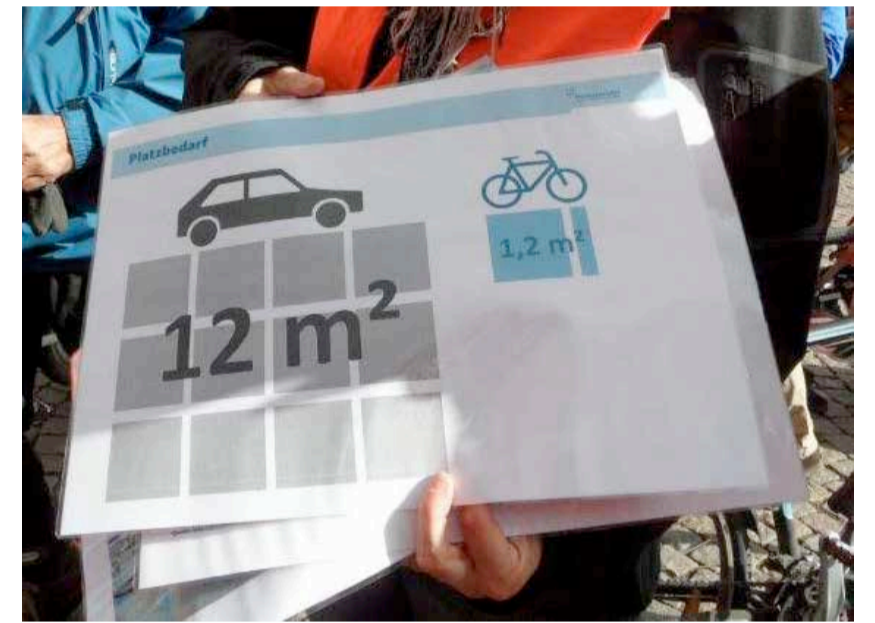


Foto: AGORA

ren Umweg fahren zu müssen. Auf der Von Schildeck-Straße dagegen fühlt sich direktes Linksabbiegen lebensgefährlich an. Gedacht ist es natürlich so, dass Radelnde, auch wenn sie mit dem Hauptverkehr links Richtung Dalbergstraße unterwegs sind, indirekt abbiegen und entsprechend lange Wartezeiten in Kauf nehmen sollen.

Neue Planung, alte Schwächen

Auf dem Rest der Tour, die unter anderem über die gerade umgebaute Kurfürstenstraße führte, stellten Teilnehmende fest, dass selbst in vor kurzer Zeit neu gestalteten Straßen oft alte Fehler wiederholt wurden. So wurden trotz der Verbesserungsvorschläge seitens des ADFC-Ortsverbands Fulda (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) und der Bürgerinitiative Verkehrswende Fulda wieder Schutzstreifen für Radfahrende direkt an Parkplätzen für längsparkende Autos angelegt. Auch der Bürgersteig auf der Seite zur Bahnlinie hin ist fast durchgehend und besonders an der Bushaltestelle viel zu schmal, denn die Verantwortlichen konnten es nicht über sich bringen, die Parkplätze auf der nordöstlichen Seite der Straße wegzulassen. Am Bahnhof, der auch den Endpunkt der Rundfahrt bildete, ging es um die vielfältigen Herausforderungen, die durch den Zubringerverkehr am Bahnhof entstehen. Vom massiven Abholer-Autoverkehr, der sich auf der Rückseite des Bahnhofs in der Wendeschleife

und lädt zur gemeinsamen Radtour in lockerer Atmosphäre ein. Wenn jetzt noch die Vorschläge, Hinweise und Bedürfnisse der radfahrenden Bevölkerung bei den Planungen mindestens so ernst genommen werden wie bisher stets das Beharren auf Parkplätzen durch die Gewerbetreibenden, dann freut sich AGORA über einen gelungenen Schritt in Richtung gemeinsamer Stadtentwicklung.

Selbst aktiv werden:
www.adfc-fulda.de
www.verkehrswendefulda.wordpress.com

Wie geht's weiter mit dem Verkehrsentwicklungsplan?

Auftakt der Planung bildete das zweite Halbjahr 2016 mit einer Bestandsaufnahme und -analyse. Dabei gab es drei unterschiedliche Möglichkeiten für Fuldaer und Fuldaerinnen, sich einzubringen: Dem Bürgerforum und der Planungsradtour im Oktober sowie dem Online-Dialog. Der Online-Dialog, bei dem Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge zu verschiedenen Verkehrsarten auf einer Karte Fuldas eintragen können, läuft noch bis zum 30. November unter www.buergerbeteiligung.de/vepfulda2017 werden als erstes am Jahresbeginn Prognosen, Szenarien und Ziele erarbeitet. Bürgerinnen und Bürger sind dann erst wieder Mitte des Jahres gefragt, um Feedback zu den im zweiten Quartal entwickelten Maßnahmen zu geben, damit diese bei Bedarf angepasst oder ergänzt werden können.

Der Aschenberg ist am Ball!

Mit dem SV Aschenberg hat sich ein Sportverein gegründet, der viel mehr ist als nur ein Fußballclub

Viele Jahre lang traf sich eine feste Gruppe von Aschenberger Jungs regelmäßig zum ausgelassenen Kicken, und ganz nebenbei verbesserten sie Technik und Taktik soweit, dass im letzten Jahr der Wunsch reifte, sich als Team auch mal mit anderen Spielern im Wettkampf zu messen. Natürlich wollten sie für „ihren Berg“ antreten, und da der Stadtteil Aschenberg bisher über keinen Sportverein verfügte, gründeten sie kurzerhand selbst einen – den SV Aschenberg United.

Mancher mag sich an den großen englischen Sportverein aus Manchester erinnern fühlen, aber den Vereinsgründern ging es bei der Namensgebung um etwas anderes. „United“ – gemeinsam vereint – ist das Motto, unter dem der neue Sportverein stehen soll. „Wir wollen etwas bewegen und mit unserem Verein den Aschenberg nach außen präsentieren und so vielleicht das Bild von unserem Wohnort neu prägen. Wir kommen alle vom Berg, aber haben nie einen eigenen Verein gehabt, in dem wir uns alle gemeinsam verwirklichen konnten“, so Erwin Rundt, der 1. Vorsitzende. Auf die Anmeldung beim Landessportbund folgte die Überprüfung durch den hessischen Fußballverband, und dann war aus den kickenenden Jungs die erste Ü18-Mannschaft des SV Aschenberg United geworden. Ende 2016 sind die Aschenberger jetzt in der Kreisliga C auf dem 3. Platz angekommen und träumen schon vom Aufstieg. Unterstützt werden sie dabei vom eigenen Fanclub, den Bergeistern.

Doch der SV Aschenberg United ist mehr als ein Sportverein.

Denn „die Jungs“, inzwischen eher junge Erwachsene, wollen nicht nur Fußball spielen.

Allesamt sind sie auf dem Aschenberg aufgewachsen und haben in ihrer Jugend von den Angeboten der offenen Jugendtreffs und der Stadtteilarbeit dort profitiert. Jetzt wollen sie ihrem Stadtteil etwas zurückgeben. Zwar liegt das Hauptaugenmerk im sportlichen Bereich, doch die jungen Leute engagieren sich unter anderem auch beim Stadtteilstadt und unterstützen das Ferienprogramm für Kinder.

Vor allem aber will der junge Sportverein auch geflüchtete Menschen aktiv in das Vereinsleben einbinden. Dieses Anliegen wird von Nezam Demir, Sozialarbeiter am Aschenberg und zur Zeit Trainer der Mannschaft, unterstützt. „Die Idee

ist, dass erst einmal jeder bei uns Fußball spielen kann. Speziell für geflüchtete Menschen bieten wir zusätzlich Patenschaften an. Jeder geflüchtete Mensch kann bei Behörden gängen oder Arztterminen, aber auch bei Fragen zu beruflichen oder schulischen Möglichkeiten einen von unseren Jungs an die Seite gestellt bekommen. Weil Integration und dass Zusammen-Sein uns einfach vom Anfang an wichtig waren. Und weil beim Fußball Grenzen überwunden werden können. Genau das bedeutet ja auch das Motto United.“

Überhaupt ist der Verein offen für Anregungen und Beteiligung der Stadtteilmenschen. So wurde jüngst eine Frauenmannschaft ins Leben gerufen, und eine Bambini-Mannschaft sowie eine neue Volleyballabteilung sind ebenfalls in Planung. Einzige Bedingung des Vereins: Wer hier spielen will muss auch Verant-

wortung übernehmen und mit anpacken.

Und so sind die Kicker der Mannschaft nicht nur beim Training mit vollem Einsatz dabei, sondern kümmern sich als Vorstandsmitglieder zurzeit vor allem um den Aufbau der Infrastruktur. Da der Verein am Aschenberg bisher keine Duschkabinen zur Verfügung stellen kann, hat der Hessische Fußballverband den Standort nicht für die Liga-Spiele zugelassen. Die Mannschaft musste hierfür ins Münsterfeld ausweichen. Die Suche nach einem Trainingsplatz und einem Platz für den Spielbetrieb, die Organisation von Equipment und die Akquise von Sponsoren sind daher Themen in jeder Vorstandssitzung. Der Kassierer Alex Lang beschreibt die Aufgaben als spannend und schwierig zugleich: „Wir haben eine Vielzahl an Briefen rausgeschickt und Firmen angerufen, in denen wir selber arbeiten oder Leute kennen. Ein paar Gönner haben wir sogar schon gefunden, dennoch müssen wir ja auch langfristig planen und somit geht die Suche immer weiter. Es wäre schön, wenn sich noch ein paar Menschen an unserem Projekt beteiligen wollen“, sagt er mit einem Grinsen im Gesicht.

Die Eigeninitiative und der Einsatz der Aschenberger Jungs hat schon einiges bewegt. Sicher werden sie auch einen Weg finden, die Spiele der ersten Aschenberger Fußballmannschaft bald zum Heimspiel auf ihrem Berg werden zu lassen.



Wenn Sie Kontakt zu SV ASCHENBERG UNITED aufnehmen wollen, können sie sich über die offizielle E-Mail an den Vorstand wenden, oder auf Facebook den Kontakt suchen.

E-Mail: svaschenbergunited@gmail.com
Bankverbindung:
SV Aschenberg United
Konto-Nr.: 47004203
IBAN: DE74 5305 0180 0047 0042 03

AGORA meint:
Daumen hoch – uns gefällt das!

Menschen, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und dabei auch an andere denken, tun unserer Stadt gut und entlasten die Gemeinschaft. Die Geschichte des SV Aschenberg United zeigt: Vertrauen in die Stärken der vermeintlich nicht so Starken lohnt sich. Investitionen in Stadtteilarbeit und selbstbestimmte Projekte lohnen sich. Wir wünschen „den Jungs“ und anderen Bürger Meister*innen unserer Stadt die öffentliche Anerkennung und auch finanzielle Unterstützung, die sie brauchen, um am Ball zu bleiben.



Die Fußballmannschaft (Foto: Aschenberg UNITED)

Gemeinsamkeit geht durch den Magen

Eine leckere Geschichte als Gastbeitrag der Küche für Alle, Fulda

Bereits vor dem Café Panama stehend, schlägt einem der leckere Geruch von gebratenen Zwiebeln entgegen. Einige Menschen sitzen Gemüse schnippelnd auf den Palettenmöbeln neben dem Eingang und unterhalten sich. Einige singen und machen Musik. Ich grüße. Der Gruß wird freundlich erwidert.

Als ich frage, ob ich noch was helfen könne, wird mir sofort ein Brett und ein Messer in die Hand gedrückt „Schneid du mal die Paprika. Ich mache mit den Möhren weiter.“ Schwups, schon sitze ich mittendrin. Ob die sich alle schon kennen? Eine Diskussion beginnt darüber, ob man die Tomaten für den Salat in Scheiben oder in Stücke schneiden soll. Keine 10 Minuten später habe ich bereits fünf neue Namen gelernt und bin mitten im Gespräch. Derweil wird der Gaskocher angeschmissen. Heute gibt es Chilli, und weil es noch nicht so kalt ist, wird draußen gekocht.

„Wenn es dir zu kühl ist, kannst du reingehen. Da schnippeln und kochen auch schon einige Leute.“

Als ich die Küche des Panama betrete, sehe ich weitere Menschen auf Sofas sitzend ebenfalls Gemüse schneiden. Jemand säubert den Salat, jemand brät Zwiebeln in einer riesigen Pfanne und jemand anderes stellt gerade frisch aufgebrühten Kaffee auf den Tisch: „Kaffee ist fertig. Wer will?“

Ich möchte einen. Und schon sitze ich wieder mittendrin. Einige sind wirklich zusammen hergekommen, sind befreundet, kennen sich vom Studium, kommen gerade von der gemeinsamen Bandprobe, vom Fußballspiel oder sind Mutter und Tochter oder Herrchen und Hund.

Andere haben sich alleine hierher getraut. Haben darüber in den Sozialen Medien erfahren und wurden neugierig. Nicht nur die deutsche Sprache dringt an mein Ohr. Zwischendurch betreten andere Menschen den Raum und bitten darum,

Bescheid gesagt zu bekommen, wenn das Essen fertig ist. Sie seien in der Werkstatt oder im Kleider-tauschladen.

Wenig später sitzen wir alle plaudernd am Tisch und lassen uns das Chili sin Carne schmecken. Das miteinander Musizieren lässt auch diesmal nicht lange auf sich warten. Ich erfahre noch an diesem Tag, dass es die KüfA schon seit einigen Jahren auf dem Gelände der Langebrückenstraße 14 gibt, und dass die Küfist*innen diesen Ort sehr schätzen: „Dieser Ort bringt Menschen zusammen, egal welchen Alters oder Herkunft. Und wo sitzt man am Liebsten an so einem Ort? Na, in der Küche natürlich.“

Miteinander kochen und miteinander essen verbindet.

Das kann ich nur bestätigen. Nach gemeinsamen Spülen und Wegräumen verabschiede ich mich von Menschen, die ich wenige Stunden davor noch nicht kannte, und die mich fragen, ob ich bei der nächsten KüfA wieder komme. Ich nicke. Gemeinschaft geht halt durch den Magen. Da ist was dran.

Die Küche für Alle, Fulda- kurz KüfA, Fulda- ist eine solidarische Küche von Allen für Alle. Zweimal im Monat öffnen sich Sonntagnachmittag die Türen der Café Panama-Küche um miteinander zu schnippeln und zu kochen. Wer mag, kann auch nur zum Essen kommen. Essen gegen Spende- jede*r gibt, was er*sie kann. Weitere Infos und Termine auf Facebook unter <https://www.facebook.com/kuefa.fulda>

Fuldaer Häppchen

Und das ist alles wirklich so passiert. Echt jetzt.

Neulich im Bäckerei-Café. Am Nachbartisch eine Runde solider Herren in dezent karierten Hemden und mit grauen Schläfen. Die Stimmung ist gut, die Unterhaltung angeregt und nicht zu überhören. Der Trumpf, der sage endlich mal, was das Volk hören wolle. Und er mache es schon richtig, fahre in die Provinz, da wo die nicht so Schlaunen wohnten und fange sich die Wählerstimmen. Und die Frisur sei nun ja, zumindest was Besonderes. Aber sicher brauche er morgens lange im Bad, tja nun. Themenwechsel. Sei es nicht unerhört, ja geradezu unverschämt, dass ein Flüchtling hier 1000,- Euro im Monat kassiere, einfach so, für nichts, während man selbst, na eben, so geht's ja nicht. Man müsse sich mal überlegen, wenn da eine Familie mit 28 Angehörigen komme, was bei

denen ja so üblich sei, dann hätten die so um die 30.000 Euro im Monat. Könnten sich gleich ein ganzes Haus bauen lassen, während man selbst, ja genau. Während ich noch grübele, welche Runde mir da eigentlich gegenüber sitzt, und ob es wohl angeraten sei, sich in die Unterhaltung einzumischen, klingelt ein Handy. Der goldrand-bebrillte Herr aus der Gruppe meldet sich: Ja, hm, ja, du, ich sitze hier gerade mit dem Herrmann, dem Josef und dem Adolf beim Happ...“ Das Lachen kommt mir einfach so, ich kann nicht anders, mein Zwerchfell zuckt unkontrolliert, mir laufen die Lachtränen übers Gesicht. Alles klar, ich verstehe, der vierte im Bunde muss dann wohl der Heinrich sein. Wenn es nicht so traurig wäre, wäre es zum Schießen. Sie sind wieder da.



Gemeinsames Essen (Foto: Küche für Alle, Fulda)



Foto: public domain

Briefe aus der Redaktion

Mal ganz unter uns,
liebe Fuldaer Zeitung,

lügst du eigentlich? Während landauf, landab dumpfe Hohlköpfe durch die Lande ziehen und jedes nur halbwegs ernst zu nehmende Medium der Mitgliedschaft im Verbund der „Lügenpresse“ bezichtigen, bleibst du davon verschont. Jedenfalls ergab dies eine Umfrage des Journalistenmagazins „Blickpunkt“ in der Ausgabe 3/2016. Diese hat nämlich bei verschiedenen hessischen Tageszeitungen angefragt, diese Bezeichnung in Leserbriefen gegenwärtig verstärkt vorkommt. Während von fast allen Redaktionen die Rückmeldung kam, dass dieser Begriff entweder direkt oder aber zumindest zwischen den Zeilen öfter als früher gefallen ist, ist neben dir nur die Gießener Allgemeine davon eligen Aussagen zufolge verschont geblieben. Was hat das zu bedeuten?
Gibt es in diesem Landstrich nur liberale, weltoffene Bürger, die sich mittels Leserbrief an ihre Tageszeitung wenden, und die niemals auf die Idee kämen, das böse L-Wort in den Mund zu nehmen? Bei den beachtlichen Wahlerfolgen der AfD im Landkreis und der Republikaner in der Stadt kaum zu glauben.
Also, hm, entweder stellst du dich und zumindest Teile deiner Leserschaft besser dar, als sie tatsächlich ist, oder aber du, Fuldaer Zeitung, wirst gar nicht als ein Bestandteil der „Lügenpresse“ wahrgenommen. Wäre ich an deiner Stelle, würde mir beides zu denken geben!

Ehrlich, deine AGORA

Man könnte fast meinen,

Markus Röhner,
Inhaber sämtlicher R+S Konzernabteilungen,

dass Sie den Beinamen „Mogul vom Münsterfeld“ tragen. Es ist aber auch wirklich beachtenswert, wie sie ähnlich einem Hundesitzer sämtliche Firmentöchter, Firmensöhne und Firmenenkel inklusive der weiteren buckligen Firmenverwandtschaft an den Leinen spazieren führen. Diese brauchen auch mal eine kleine Rast und ruhen künftig in der von Ihnen erschaffenen Hotelwelt „Montago“. Was nach Montage to go klingt, haben Sie zusammen mit Armin Alt, Ihrem Firmenpartner der AR Immo GmbH & Co. KG sowie des Planungsbüros Alt & Poppel und somit übrigens auch kein unbeschriebenes Blatt im lokalen Planungs- und Baugewerbe, ausgeheckt.

Schlau, schlau, da wird auch die letzte Lücke im Röhnerfeld, ähem, Entschuldigung, ich meine natürlich Münsterfeld, zugeklatscht. Aber was für eine logische Schlussfolgerung! Ein Hotel, der Stadt vermutlich aufgrund der Bettenzahl von 122 Stück schön schmackhaft gemacht, ist derzeit eine richtiges Leckerli. Auch wenn man meint, Hotels würden in Fulda gerade aus allen Ecken sprießen und man sich so fragt, wer in aller Welt denn darin so alles nächtigen soll, so hat das doch seinen Sinn. Ohne nicht eine gewisse Bettenzahl im Stadtgebiet vorweisen zu können, kriegt man auch keine größeren Messen in die Mitte Deutschlands, weder auf das nicht weit vom Montago entfernte Messegelände, noch ins Esperanto. Haha, kein Baum ist zu groß, um nicht daran zu pinkeln.

Und ist gerade mal keine Messe, geht man halt mit den hauseigenen Montagehelfern ins Körbchen. Ich schaue mir schon eine ganze Weile an, wie Sie, Herr Röhner, die städtischen Gremien wie einen Haufen Hunde mit der Wurst locken und ihnen dann ihre Leinen anlegen. Das hecheln mit eingeklemmten Gremienchwanz bringt sogar mich fast zum winseln...

Hundemüde, AGORA

Wenn einem schon niemand anderes auf die Schulter klopfte,
lieber CWE-Kreisverband Fulda,

muss man das einfach selber tun. Gemäß diesem Credo habt ihr das laut „Fulda aktuell“ vom 5. November auf eurer Jahreshauptversammlung pressewirksam besonders kräftig getan. Scheinbar in der Hoffnung, dass das jemand spürt und verwundert feststellt, dass ihr ja auch noch da seid. Hätte ich ja beinahe vergessen. Aber wie war das noch? Euer Kreisvorsitzender Thomas Grünkorn lobt die „längeren Verhandlungen“ mit der CDU zwecks politischer Koalition derart über den grünen Klee, das Dünger für dessen Wachstum in der Tat nicht mehr benötigt wird. Und das, „um eigene Wahlziele durchsetzen zu können“. Super gemacht! Laut Wahlwerbung war das große Wahlziel ja auch, Bürger in die Parlamente zu bekommen. Nun, das habt ihr glänzend geschafft, wie Stadtverbandsvorsitzender Martin Jahn anmerkte. Ihr habt tatsächlich einen Sitz mehr; ein Bürger mehr im Parlament, der die Erfahrung macht, wie es ist, wenn man gut gepolstert dumm rumsitzt und sich nicht bewegt. Schön, wenn Wahlziele in Erfüllung gehen.

Zu den Errungenschaften von Koalitionsverhandlungen zählen auch die erzielten Erfolge, zumal es ja auch um die „Besetzung wichtiger Ämter“ ging. Das ist euch grandios gelungen, wenn man bedenkt, dass es kaum wichtigere Ämter in einer mittelgroßen Kommune gibt als den zweiten Stellvertreter der Stadtverordnetenvorsitzenden stellen zu können. Das lob' ich mir: Im Vorfeld kleinlaut den Coolen raushängen lassen, sich vom großen Partner CDU komplett über den Tisch ziehen lassen und dann aber die große Klappe haben! Ach, das ist gar keine Clownsnummer? Ups, da bin ich wohl in der falschen Manege.

Lacht sich schlapp: AGORA

Unser Dorf hat Vergangenheit

Liebe Neuhöfer Gemeindevertreter,

leider gibt es den obigen Wettbewerb noch nicht. Wenn, dann hätte eure Gemeinde aber die größte Chance auf die Teilnahme an der Endrunde.

So habt ihr es tatsächlich geschafft, Geld aus dem Etat locker zu machen, mehrere Tausend Euro, nur um eine Bürgerbewegung zu unterstützen, die gegen Windkraft ist. Dabei geht es um Räder, die noch nicht einmal auf eigenem Gebiet, sondern auf dem Boden eines benachbarten Landkreises stehen sollen.

Da wundert es auch nicht, dass ihr Amtsträger unbedingt die Arbeitsplätze vor Ort bei K&S sichern wollt, ohne einen Plan zu haben, wie man mit dem riesigen Müllberg vor der Haustür umgehen wird. Wir haben in der Ausgabe 8 bereits ausführlich davon berichtet, welche Folgen, auch finanzieller Art, auf zukünftige Generationen zukommen werden.

Aber um Zukunft, also z.B. wie man nachhaltig seine Energie vor Ort erzeugen will, oder welche Alternativen man zusammen mit dem Staat für einen lieber früher als später endenden Bergbau schaffen will, würde es ja auch nicht gehen, beim Zurück in die Vergangenheit Cup.

Glückwunsch, Eure Ines



Foto: Internet

Ines Korlev, geboren 1956 in der Lüneburger Heide, zog Mitte der 1970er Jahre der Liebe wegen in die Barockstadt und gründete dort die erste Kommune. Nach einer abwechslungsreichen beruflichen Laufbahn landete Frau Korlev vor zwei Ausgaben bei der AGORA und schreibt seitdem dort gewitzte Briefe aus der Redaktion.

Ihre *Ines Korlev*

Der AfD-Stammtisch in Niesig

Ein Gast-Erlebnisbericht von Max Mustermann*

Wartend an der Bushaltestelle Niesiger Straße lass ich mir fröstelnd das gute Perlenbacher-Bier schmecken. Seitdem ich mit Bedauern feststellen musste, dass der nahe liegende Logo-Markt schon um 19:00 Uhr geschlossen hat, ist die Lidl-Plörre die einzige Alternative um mir Mut anzutrinken. Es ist Anfang Oktober und ich warte auf zwei Freundinnen, um mit ihnen ein Wagnis einzugehen, zu welchem ich alleine niemals im Stande gewesen wäre.

Ich sehe mit den Patches und Buttons auf der Jacke auch nicht gerade seriös genug aus, um mich unter das Klientel zu mischen, das zu diesem Zeitpunkt in der Gaststätte und Pizzeria „Adler“ in Niesig tagt. Der Kreisverband der AfD-Fulda hatte einen Vortrag mit dem Landesvorsitzenden der AfD-Hessen angekündigt. Thematisch sollte es hierbei um die Gendertheorie gehen, welche von der AfD lieber als Gender-„ideologie“ bezeichnet wird. Um kurz vor Acht sehe ich zwei bekannte Gesichter mit dem Fahrrad die Straße hochkommen. Wir begrüßen uns, halten ein paar kurze Absprachen und wagen uns in die Höhle des Löwen. Im Vorraum des Etablissements kommt uns ein bärziger, zopftragender Mann entgegen, der uns auf Nachfrage mit einem verschmitzten Grinsen in den großen Saal führt. Der Saal baut sich größer als erwartet vor uns auf, und die anwesenden Menschen diskutieren bereits scharf. Wir steuern auf einen freien Tisch in der hinteren Mitte des Saales zu, ich werfe einen ersten Blick auf die Teilnehmer des Stammtisches... und kann mir gerade so das laute Loslachen verkneifen. Die meisten Anwesenden machen einen kleinbürgerlichen Eindruck. Problemlos könnte man jegliche Person in das spießig-deutsche Wohnzimmer aus „Ein Herz und eine Seele“, in welchem Ekel Alfred hauste, transportieren, und hätte den Eindruck, dass sich das jeweilige Individuum in seiner natürlichen Umgebung aufhält. Wir nehmen Platz und ich werde sofort böse angeschaut.

Bei dem gerade diskutierten Thema handelt es sich um die Frage, ob man sich nach den Störaktionen zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden durch PEGIDA-Anhänger noch mit dieser Bewegung solidarisch zeigen kann. Die meisten Mitglieder scheinen dagegen zu sein, da PEGIDA ein viel zu schlechtes öffentliches Image hat, welches auch den Ruf der AfD in der Bevölkerung beschädigen würde. Da meldet sich ein beliebter Herr an unserem Nebentisch zu Wort und ich realisiere zum ersten Mal an diesem Abend Detlef*. Detlef scheint Mitte fünfzig zu sein und beteiligt sich rege an jeglicher Diskussion. Während seiner Redebeiträge hat er die äußerst interessante Angewohnheit, aufrecht stehend das Mikrofon in der rechten Hand zu halten, während er die linke Hand hinterrücks in seine Unterhose steckt. Was Detlef mit der Hand in der Unterhose macht, können wir dabei nur erahnen. Zu PEGIDA hat Detlef jedoch eine explizite Meinung: „Ich würde den Anwesenden hier äußerst empfehlen, zum von Bernd Höcke mitorganisierten PEGIDA-Ableger nach Erfurt zu fahren, da geht ihnen im wahrsten Sinne das Herz auf!“ Nachdem Detlef fertig gesprochen hat, gibt er das Mikrofon ab, nimmt die Hand aus der Hose und wendet sich dem vor ihm auf dem Tisch stehenden käseüberbackenen Schnitzel zu. Im weiteren Verlauf der Diskussion kann sich der Eindruck nicht verflüchtigen, dass die meisten Teilnehmer nicht auf einen Grundkonsens kommen.

Nach den ersten zehn Minuten werde ich von meiner Begleitung darauf hingewiesen, dass ich mit weit aufgerissenen Augen und offener Kinnlade dasitze. Ich versuche die Beherrschung wieder zu erlangen und lasse meinen Blick zum zweiten Mal über den Saal schweifen. Wiederum werde ich böse angeschaut, außerdem fällt mir auf, dass es sich in diesem Saal bei der Zahl der Menschen weiblichen Geschlechts gerade mal um fünf Teilnehmerinnen handelt. In Relation zu den fünfzig männlichen Teilnehmern ein Witz, zumal man Bedenken muss, dass

es sich bei zwei Frauen um meine Freundinnen handelt und weitere zwei die Kellnerinnen des Restaurants darstellen.

Gerade beklagt sich ein AfD-Mitglied, dass die „linken“ Parteien ihnen ein Schritt voraus sind, da diese ja schließlich auch die Unterstützung von Kirchen und Gewerkschaften erhalten, welche die AfD leider nicht erhält. Öhm, warum wohl? Die AfDler beginnen nun darüber zu reden, wie man diesen Sachverhalt ändern kann und insgesamt auch öffentlichkeitswirksamer wird. Nun meldet sich ein distinktiert aussehender Mann im Anzug an der vorderen Tischreihe zu Wort. Er stellt sich als Vertreter



So könnte der Stammtisch aussehen. Foto: public domain

aus Nordrhein-Westfalen vor und macht einen Vorschlag: Die Jusos in Bochum hatten Diskussionsrunden in der Öffentlichkeit gestartet, bei denen die Jusos selbst die Diskussion dominierten, was aber keiner der sich zur Diskussionsrunde dazu gesellenden Passanten bemerkte, da sie es schlicht nicht wussten. Eine öffentlichkeitswirksame Performance, welche sich lohnend auszahlen könnte, wenn sie von der AfD anektiert würde. Es wird hitzig weiter debattiert, Worte wie „linksgrünversifft“ fallen, wobei sich der bereits oben genannte „Hand-in-die-Unterhose“-Detlef hervortut. Es dauert nicht lange und das The-

ma Claudia Roth kommt zur Sprache: „Ich kann nicht verstehen wie man bloß uns, der AfD, diesen Rassismusvorwurf unterstellen kann, während eine Claudia Roth gemeinsam mit hundert linken Chaoten auf Demos Parolen wie: ‚Nie wieder Deutschland‘ ruft und sich somit als Vorzeigerassistin profiliert!“ Halt Stopp!!! Ich möchte Frau Roth jetzt nicht in Schutz nehmen, aber definiert sich Rassismus denn nicht über die propagierte Überlegenheit der eigenen Ethnie und geht mit der gleichzeitigen Abwertung von Menschen anderer Ethnien einher? Wenn eine Frau Roth nun gegen Nationalismus demonstriert, meint sie damit, dass sich alle Menschen aus

Abends, denn Fuldas AfD-Kreistagsvorsitzender Martin Hohmann hat auch noch was zu sagen. Den Anfang macht er mit einem Bericht aus der letzten Kreistagssitzung, bei der er und die Fuldaer AfD den Vorschlag brachten, sämtliche Kreistagssitzungen per Video für die Öffentlichkeit aufzunehmen, um so mehr Transparenz zu ermöglichen. Keine üble Idee, doch leider wurde der Vorschlag von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Nur die Kreistagsfraktion der Linkspartei stimmte zu Hohmanns Überraschung dafür. Doch der Maddin wäre nicht der Maddin, wenn er nicht noch einen Klopper à la „Die Juden sind auch ein Tätervolk“ raus-hauen würde. So schlägt er beim nächsten Thema vor, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, da dieses aufgrund der momentanen Lage nicht mehr zeitgemäß wäre. Stattdessen schlägt der Maddin vor, dass die Aufnahme von asylsuchenden Menschen eine Entscheidung ist, die von den Zollbeamten direkt an der Grenze übernommen werden müsste. Also: Hat der Zollbeamte mal `nen guten Tag, wird den ausgesuchten Menschen Asyl gewährt, hat er `nen schlechten, bekommt eben keine Asyl. Super! Martin Hohmann steht dort oben am Rednerpult und ich fühle mich auf die Dorffastnacht in Neuhoft zurückversetzt. Meinen zwei Begleiterinnen wird es nun zu bunt, ähm, zu braun, und wir verlassen fluchtartig das Gebäude. Draußen vor dem „Adler“ können wir es, nach frischer Nachtluft ringend, erstmal nicht fassen. Das können die doch alles nicht ernst meinen? Ich verabschiede mich von den beiden und trete meine Gedanken sortierend der Heimweg an. Der AfD-Stammtisch in Niesig sei jedem ans Herz gelegt, der mal wieder das Bedürfnis hat, ordentlich den Kopf zu schütteln, um seine Nackenmuskulatur zu trainieren. Wer das Ganze nicht so ernst nehmen will, sollte vor dem Stammtisch einen dicken Joint rauchen. Er würde höchstwahrscheinlich anschließend im „Adler“ einen Heidenspaß haben.

*Name von der Redaktion geändert.

Ausflug in die Projektwerkstatt Saasen

Ein Gastbeitrag von Chris Wollscheid

Ende August fand sich ein bunt gewürfelter Personenkreis politisch Interessierter aus dem Raum Fulda, Kassel und Hersfeld-Rothenburg an einem Parkplatz in Niederaula ein, um gemeinsam in Fahrgemeinschaften organisiert, der nahe Gießen liegenden Projektwerkstatt in Saasen einen Besuch abzustatten.

Bei der Projektwerkstatt handelt es sich um die letzte von ehemals 50 Projektwerkstätten, die deutschlandweit seit den 90er Jahren bestanden haben (unter anderem auch in Fulda).

Im Gegensatz zu sonstigen autonom besetzten Häusern, die jeweils nur von den Hausbesetzern selbst genutzt werden und Außenstehenden keinen Zugang gewähren, definiert sich die Projektwerkstatt konzeptuell als immer offenstehender Freiraum, zu dem man selbst noch spätnachts Zugang findet. Die Räume des ehemaligen Bauernhofes können entsprechend von Allen genutzt werden, um politische Aktionen durchzuführen und vorzubereiten oder um einfach nur mit anderen Menschen Tischfußball

zu spielen oder Musik zu machen. Nach der dreiviertelstündigen Fahrt durch den Vogelsberg treffen die Fahrgemeinschaften schließlich an besagtem Ort ein und werden von Jörg Bergstedt, Langzeitpolitaktivist, Bewohner und Instandhalter der Projektwerkstatt begrüßt.

Bei dem anschließenden Rundgang wird ein Einblick in die selbstorganisierten Räumlichkeiten gegeben, der bei der Speisekammer mit ausschließlich containernten Lebensmitteln anfängt und über einen PC- und Technikraum, mitsamt einer großen Druckmaschine zum Drucken von politischen Traktaten weiter führt. Bergstedt stellt währenddessen die Räume vor, gibt verschiedene dazugehörige Ideen- sowie Interventionsmöglichkeiten preis, schwelgt in der Vergangenheit und zeigt gesellschaftliche Problemlagen und deren Bekämpfung auf.

Für Gäste umfasst die Projektwerkstatt ein eigenes Bettenlager und einen gut ausgestatteten Küchenraum. Ein weiteres Highlight stellen das selbstverwaltete Archiv und

die dazugehörige Bibliothek dar, welche von Einzelpersonen aus der gesamten Bundesrepublik aufgebaut und mitbetreut werden. Hier lassen sich sämtliche Werke und Zeitschriften zu Themen wie Nachhaltigkeit, ökologische Landwirtschaft, selbstverwaltetes Leben, Repression/Antirepression aber auch Standardbibliothekwerke aus Geschichte, Philosophie und Theologie finden.

Daneben kann mensch verschiedene Gruppenräume und Werkstätten vorfinden, die allen zur Nutzung offenen stehen. Nach der Führung fanden sich alle Beteiligten bei Nachwerk (natürlich containernt) und Getränken zusammen, um sich über verschiedene Ideen auszutauschen und um weitere Fragen zu dem Gesehenen zu stellen.

Die Gespräche und Diskussionen reißen auch auf der Heimfahrt nicht ab, da der nachhaltige Eindruck durch die Projektwerkstatt bei allen Besuchern bestehen bleibt und zum Umdenken anregt. Weitere Informationen über die Projektwerkstatt finden sich auch hier: www.projektwerkstatt.de



Einblicke in die Projektwerkstatt Saasen (Fotos: Chris Wollscheid)



Vorbemerkung von Dr. Peter Krahulec zum nachfolgenden Beitrag:

Im Frühjahr 2015 bereits forderte das Bündnis „Fulda stellt sich quer“ die Umbenennung der Straße am Aschenberg, die 1964 nach Dr. Franz Danzebrink benannt wurde. Der nämlich war während der gesamten NS-Zeit Fuldaer Oberbürgermeister. Eine TED-Umfrage der örtli-

chen Monopolzeitung stützte diese Forderung mit einer Zustimmung von weit über 66 %. In den Leserbriefspalten wurde heftig und kontrovers diskutiert. Der Magistrat der Stadt Fulda beschloss daraufhin am 1. Juni 2015, „die Amtsführung des früheren Oberbürgermeisters Dr. Franz Danzebrink während der NS-Zeit durch eine Expertenkommission untersuchen zu lassen“.

Ich gehörte dazu und tagte mit

fünf weiteren Mitgliedern mehrere Monate im wackeren, aber fairen Streit. Es wundert wohl niemanden, dass wir nicht zu einem einheitlichen Ergebnis kamen. Vertraulichkeit über die je einzelnen Positionen war vereinbart – und soll von mir auch eingehalten werden. In einem Punkt war sich die Kommission jedoch einig, dass die kontroversen Standpunkte selber ein hervorragendes Beispiel sein können für die

Schwierigkeiten bei der NS-Aufarbeitung – und als solche Materialien sein sollten für die aktuelle politische Bildung (Kontroverse-Gebot, Indoktrinations-Verbot). Dies scheint nicht zu geschehen. Im Juli des Jahres erreicht mich ein (zwar Dank-)Schreiben des OBs, dass die Angelegenheit in ein Forschungsprojekt, vermutlich eine Dissertation, verlängert werden soll, „die natürlich einige Zeit in

Anspruch nehmen wird“ (Dr. Heiko Wingenfeld). Die Bank ist mir zu lang. Die Diskussion zur politischen Bildung, die wir in der Expertengruppe einhellig unterstützt haben, möchte ich mit dieser Veröffentlichung fortführen – auch unter dem Motto von Brecht: „Kritisiert mich, damit ich besser werde...“



Unterm Heilig Kreuz, 1933 (Foto: Stadtarchiv Fulda)

Stellungnahme letzter Hand zu Dr. Danzebrink

Ein Gastbeitrag von Dr. Peter Krahulec

Ich (miß)verstehe meinen Auftrag nicht als quasi „dritten Akt“ in einem Spruchkammer-Verfahren, sondern ich frage als Erziehungswissenschaftler mit dem Schwerpunkt politische Bildung in Anlehnung an jüngste Forschungen: „Besitzt Dr. Danzebrink eine Vorbildfunktion in einem demokratischen Staatswesen“ (vgl. Kriterienkatalog Erbar), so dass eine Straße nach ihm zur ehrenden Erinnerung benannt bleiben soll?

Die unmittelbare Quellen- und Aktenlage zur Vita ist mangelhaft und evoziert m.E. durchaus den (unbeweisbaren) Eindruck einer Bereinigung.

1925 trat Dr. Franz Danzebrink in den Dienst der Stadt Fulda; 1930 wurde er für 12 Jahre zum Oberbürgermeister gewählt. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten trat er beileibe nicht zurück, wurde auch nicht abgesetzt (wie etwa Dr. Adenauer in Köln – oder auch Dr. Cuno Raabe, der spätere Fuldaer OB), sondern er wurde 1942, nachdem er 1937 selbst in die NSDAP eintrat, von dem dann abschließlich mit NSDAP-Mitgliedern besetzten Magistrat für weitere 12 Jahre zum OB eingesetzt. Nach der Befreiung Fuldas durch die US-Army wurde er erstaunlicherweise für wenige Wochen im Amt belassen, dann aber bis Februar 1946 in ein Internierungslager eingewiesen. Die Spruchkammer Fulda stufte Dr. Danzebrink, nachdem der Ankläger Dr. Lissek zunächst auf die Kategorie II plädiert hatte, in die Kategorie III als „minderbelastet“ ein. Dr. Danzebrink legte Berufung ein, wechselte daraufhin in die britische Besatzungszone über und wurde vom Entnazifizierungshauptausschuß in Holzminden unter dem 3.12.1948 als „entlastet“ freigesprochen.

Eine konkurrierende Rechtsauffassung beansprucht jedoch der Regierungspräsident: „Nach geltendem hessischen Recht durfte das gegen diesen Spruch eingeleitete Berufungsverfahren, das in Fulda

anhängig war, nicht in die britische Zone überweisen werden. ... Daher kann auch der Prüfungsausschuss diesen Spruch als solchen nicht als für Hessen verbindlich anerkennen“ (Personalakte Dr. Danzebrink, StA, S.101). In einer maßlosen Replik übergeht Dr. Danzebrink diese Position mit der Bemerkung: „Im übrigen hängt die Wirksamkeit der von der Spruchkammer in Holzminden ergangenen Entscheidung nicht davon ab, ob der Oberste Kläger in Wiesbaden sie anerkennt oder nicht“ (Brief an den OB in Fulda vom 26.1.1950, ebenda, S.270).

Fortan war das Hauptaugenmerk von Dr. Danzebrink gerichtet auf den Streit mit der Stadt Fulda um seine Versorgungsansprüche. Unter ominösen Begleitumständen (vgl. zeitgenössische SPIEGELberichte) steigt er zum Kommunalreferenten im Bonner Innenministerium auf. Er starb im Januar 1960. Spätestens mit dem von Dr. Dregger gezeichneten „Nachruf“ (FZ vom 16.1.1960) verbreitet sich die Legende, er habe „die Stadt vor der völligen Zerstörung gerettet“ und „das Schlimmste von Stadt und Bürgerschaft abgewendet“ (ebenda). Die eklatanteste Herausforderung auch für nachgeborene Demokraten in der Vita Dr. Danzebrinks formulierte bereits der Vorsitzende der Fuldaer Spruchkammer (vgl. VZ vom 31.5.47). „Auf die Frage: Wieso war diese Wiederwahl durch den nationalsozialistischen Stadtrat möglich? erklärte der geladene Zeuge, Ex-NSDAP-Kreisleiter Karl Ehser: Wir wussten, dass die Dinge unter Oberbürgermeister Dr. Danzebrink ordnungsgemäß verlaufen waren, wir hatten keinen Anlass zur Änderung.“ (Hervorhebung von mir, P. K.: Warum denn bloß, warum??) Das für Dr. Danzebrink gemäße Ordnungsdenken im Amte sei pars pro toto umrissen: Am „Tag von Potsdam“ (vgl. FZ vom 23.3.1933) fabuliert er von „tiefer Sehnsucht“, „großer Hoffnung“ und dem „Werk der Befreiung“ und fordert auf, „die

Reihen“ zu „schließen zur deutschen Front“. In der Stadtverordnetenversammlung begrüßt er den „stürmischen Elan der Bewegung“ als „das tragfeste Fundament, auf dem sich dieses Reich aufbaue“. „Wo früher viele hineingeredet hätten, sei heute der Wille und die Tatkraft des Führers maßgebend Die Aufgabe eines Gemeindevorstandes bestehe in erster Linie darin, den Willen der Staatsregierung zu befolgen“ (vgl. FZ vom 22.7.1933). Und wenig später begrüßt Dr. Danzebrink den Nazi-Oberpräsidenten, Prinz Philipp von Hessen, in Fulda mit dem Bedauern, „daß das Gedankgut der nationalsozialistischen Bewegung“ nicht „auch hier in Fulda früher Boden gewonnen hätte“ (FZ vom 2.8.1933). Und so weiter – „bis alles in Scherben“ fiel...

Das populärste Melodram wurde über die Rolle Dr. Danzebrinks bei der Befreiung Fuldas durch die US-Armee gesponnen. Ganz zeitnah noch unterschreibt Dr. Danzebrink vierseitig „Daten über meine politische Vergangenheit“ am 13. Juni 1945. Zum 1945er Jahr heißt es dort auf 7 Schreibmaschinenzeilen lediglich: „Im März habe ich Gespräche ... über vorbereitende Maßnahmen zur Übernahme der zivilen Verwaltung nach dem Zusammenbruch des Nazi-Systems geführt“ (Personalakte Danzebrink, StA, S.226). Wann und wo wäre denn ein geeigneter Platz für eine Selbstdarstellung einer vorgeblichen Ruhmestat gewesen als hier - vor den Augen der Amerikaner und in Erwartung eines Spruchkammerverfahrens?

Noch im Spruchkammerverfahren gegen Karl Ehser windet sich Dr. Danzebrink, als Zeuge „Nr.45“ befragt zum tatsächlichen Verhalten, brüsk heraus: „a.B.d. Vorsitzenden über das Thema Übergabe der Stadt Fulda erklärt der Zeuge: Ich lehne ab, vor der Spruchkammer über dieses Thema zu sprechen“ (StA, Akte Ehser, Blatt 436ff). Dieses (bürgerlich gesprochen: unverschämte) Verhalten erklärt sich wohl weniger

durch Bescheidenheit, denn durch die Volksweisheit über versammelte „Krähen“ im Nicht-Hack-Modus.

In der Holzmindener „Entnazifizierungsentscheidung vom 24.10.1948 taucht dann erstmals unter i) auf: „Er blieb in der Stadt, nahm die Führung nun ohne Partei in die Hand und veranlaßte beim Platzkommandanten später durch Bemühungen bei den Amerikanern die Einstellungen der Feindseligkeiten. Er verhinderte durch seine vom Nationalsozialismus her gesehene „staatsverbrecherische“ Handlungsweise, das angedrohte Luftbombardement“ (vgl. Kopie im StA). Eine solche singuläre Handlungsweise, wie hier behauptet, lässt sich nicht in den Akten nachweisen (vgl. v.a. Personalakte Ehser, Spruchkammerverfahren), noch hat die einschlägige regionale Literatur Bestätigungen gefunden (Krahulec, 1986; Lochmann 2.Aufl.1995; Sagan 2006 mit Lesarten; Zibuschka 1993).

Wie also ist nach heutigem Wissensstand Dr. Danzebrink einzuschätzen. Ein „Urmeter“ bleibt für mich der verehrungswürdige Heinrich Kierzek. Unter der Überschrift „Die Zukunft der Pg.“ schreibt der Widerständler und KZ-Insasse, der langjährige Herausgeber der „Fuldaer Volkszeitung“: Wussten sie nicht, „was jeder anständige Deutsche unbedingt wissen muss: der Pg, ganz gleich ob Jahrgang 1930 oder 1944, bekannte sich in aller Öffentlichkeit zu einer Partei, die den organisierten Mord und Raub zum Ziel hatte ... Jeder Pg ist damit – bewußt oder unbewußt – mitschuldig geworden an dem größten Verbrechen aller Zeiten“ (VZ vom 3.11.1945).

In den Termini der Fachwissenschaftler war Dr. Danzebrink somit m.E. einer, der „im vorausseilenden Gehorsam“ (Oskar Negt) „dem Führer zuarbeitete“ (Ian Kershaw) und damit Rädchen war im „arbeitsteilig zerlegten Vernichtungsprozess“ (Raul Hilberg); er war ein „williger Vollstrecker“ (Daniel Goldhagen)

und handelte im „gesetzlichen Unrecht“ (Gustav Radbruch).

Ich empfehle daher den städtischen Gremien:

Die bisherige Dr. Danzebrink-Straße ist umzubenennen. Eine tatsächliche Umkehr (Metanoia) würde sich der Opferseite zuwenden, etwa der kürzlich verstorbenen Fuldaer Holocaust-Überlebenden Ruth Rose.

Das Bildnis in der Galerie der Fuldaer Oberbürgermeister kann und soll selbstverständlich erhalten bleiben im Interesse der historischen Faktizität. Es sollte aber eine Zusatzbeschriftung angeheftet werden, die die heutige Einschätzung ausdrückt; etwa im Sinne des o.a. ZEIT-Artikels: „Die Geschichte selbst kann man nicht verändern. Sie ist wie sie ist... Doch eine politische Tradition muss man wählen. Und genau darum, um die Wahl dieser Tradition geht es, mit jedem Straßennamen“.

Eine solche Umbenennung als „Traditionsfindung“ ist keine bloße Verwaltungsmaßnahme; sie muss von Transparenz, Aufklärung und kulturvollem Streit begleitet werden – in der unmittelbaren Nachbarschaft (Vorschlag: Bürger- / Anlieger-Forum in der zuständigen Kirchgemeinde) und in der städtischen Öffentlichkeit (Vorschlag: Hearing/Podium im Stadtschloß, bei dem die Kommissionsmitglieder und städtische Verantwortliche ihre Positionen zur Diskussion stellen). Unverzichtbar erscheint mir darüber hinaus eine schriftliche Dokumentation der je einzelnen Positionen der Kommissionsmitglieder in angemessener Form – nicht zuletzt als Materialien zur politischen Bildung (Vorschlag: Sektion in „Fulda informiert“).

In der gebotenen/gedforderten Kürze mit freundlichen Grüßen und Dank an Dr. Heiler für die exzellente Moderatio!

Dr. Peter Krahulec

Syrien

Ein Gedicht von Aya A.

Ich weiß nicht über was ich sprechen werde,
aber ich weiß, dass mein Kuli über meine Heimat schreiben wird.
Es ist Syrien, das ich umarmen möchte.

SYRIEN: Du bedeutest für mich meine Mutter, mein Vater!
Von dir nehme ich meine Kraft, mein Lachen und meine Hoffnung.
Sei nicht traurig mein Mutterland. Wir sind von dir weggegangen,
aber der Tag wird kommen, an dem wir auf deinen Schoß zurückkommen
und sich alle Verlorengeliebten versammeln.

Jetzt sind wir zwar getrennt, aber du bleibst in unseren Herzen.

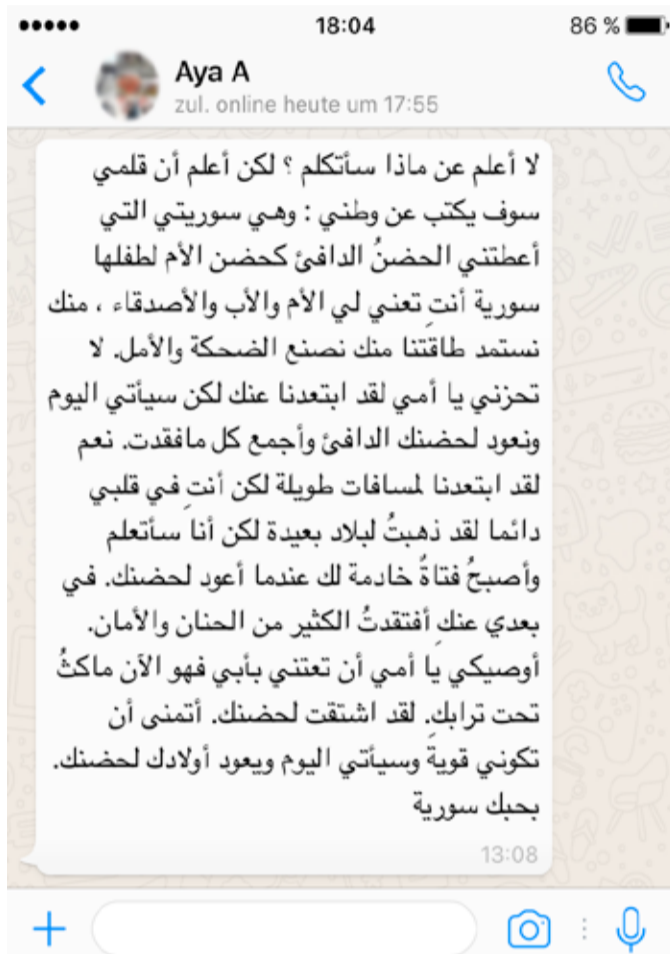
Ich ging in ein fernes Land, aber ich lerne fleißig für dich,
damit ich bei meiner Heimkehr eine freie Frau bin.

Kümmere dich um meinen Vater, der jetzt in deiner Erde ruht.

Ich wünsche dir, dass du stark bist.

Ich vermisse dich sehr!

Ich liebe dich Syrien.



oben: das Gedicht in deutscher Übersetzung
unten: ein Screenshot des originalen Gedichts auf einem Smartphone



Landschaft nahe Aleppo, Syrien (Foto: Taras Kalapun, CC BY 2.0)

Aya A. ist 17 Jahre alt und lebt seit ca. einem Jahr in der Gemeinde Ebersburg. Sie besucht die Richard Müller Schule und würde gerne eines Tages studieren.

Sie ist das Jüngste von sieben Kindern und in Damaskus geboren und aufgewachsen. Als Aya 14 Jahre alt war - ihr Vater war verstorben und die zunehmende Gewalt in dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land war kaum mehr zu ertragen - beschloss die Familie ihre Heimat zu verlassen. Insbesondere Ayas Brüder hatten Sorge, dass sie von einer der Kriegsparteien an die Waffe gezwungen würden und auf Menschen schießen müssten, mit denen sie Jahrzehnte friedlich zusammen gelebt hatten.

Für Aya bedeutete die Entscheidung einen schmerzhaften Verlust. In Ägypten fand die Familie ca. zwei Jahre vorübergehenden Aufenthalt, aber keine Perspektive. Die Entscheidung, den Weg nach Europa zu suchen, hieß für Aya erneut einen Ort zu verlassen, der ihr vertraut geworden war. Sie trat die gefährliche Reise gemeinsam mit zwei ihrer Brüder, einer Schwägerin und mehreren Neffen und Nichten im Alter von wenigen Monaten bis zwölf Jahren an. Vier lange Wochen führte sie der Weg u.a. über die Türkei, Griechenland, Ungarn und Österreich. Den größten Teil der Strecke legten sie zu Fuß zurück. Im Mai 2015 kamen sie in Deutschland an. Nach Abschluss des Asylverfahrens und der Anerkennung als Flücht-

linge konnten sie im Rahmen des Familiennachzugs ihren Familienangehörigen, d.h. den Eltern der mitgereisten Kinder, den Geschwistern und Ayas Mutter, die legale Einreise ermöglichen, die nach achtmonatiger Trennung im Dezember 2015 erfolgte. (Die Kosten hierfür mussten sie selbst tragen. Allerdings stehen die Reisekosten für den Nachzug in keinem Verhältnis zu den „Tarifen“ der kriminellen Schlepperbanden.)

Obwohl Aya froh ist in Deutschland zu sein und sich sehr bemüht, Sprache und Kultur zu verstehen, bleiben Trauer und die Sehnsucht nach dem, was sie zurücklassen musste - ihre Heimat.

Afghanistan ist kein sicheres Land

Ein Gastbeitrag von Jochen Schiersch und Ahmad Arian Barekzay

Wir schreiben den 8. Oktober 2016. Die sogenannte EU-Afghanistan-Konferenz einigt sich auf einen Deal mit dem vielversprechenden Namen „Joint Way Forward“, also „ein gemeinsamer Weg nach vorne“. Kern der Vereinbarung: Die afghanische Regierung erhält weiterhin „Entwicklungshilfe“ in Milliardenhöhe - und nimmt im Gegenzug zehntausende abgelehnte afghanische Flüchtlinge wieder auf.

„Ich danke der afghanischen Regierung für ihre Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Rückkehr ausreisepflichtiger Personen“, freut sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière nach der Bekanntgabe. In der Vereinbarung ist folgendes Ziel festgehalten: „...to establish a rapid, effective and manageable process for a smooth, dignified and orderly return of Afghan nationals...“ Drei Wochen später in Fulda: Mein Mitbewohner, der vor einem Jahr aus Afghanistan nach Deutschland geflohen und mittlerweile einer meiner besten Freunde ist, hat endlich sein zweites Interview. Nach monatelangem bangen Warten darf er nun endlich erklären, warum ihm nichts Anderes übrigblieb, als Afghanistan zu verlassen.

Er hat wochenlang seine Dokumente sortiert, um bis ins letzte Detail beweisen zu können, was ihm im

Laufe der letzten Jahre Schlimmes widerfahren ist:

Wie er sich entschied, als Übersetzer für die NATO zu arbeiten, um bei der Sicherung des Friedens in dem von Kriegen zerrütteten Land mitzuhelfen. Wie die Taliban von seiner Tätigkeit Wind bekamen und begannen, ihn und seine Familie unter Druck zu setzen. Wie sein Vater eines Tages plötzlich ermordet aufgefunden wurde. Wie er sein teuer bezahltes Haus zurücklassen und mit seiner Frau und seinen Kindern aus seinem Heimatdorf im Süden des Landes nach Kabul flüchten musste, um den mörderischen Fängen der seit Jahren wieder an Einfluss gewinnenden Taliban zu entkommen. Wie die Verfolgung auch in Kabul nicht aufhörte und er eines Tages sein neues Zuhause völlig verwüstet vorfand. Wie er Zeuge von Selbstmordattentaten wurde. Und wie er, um sich und seine Familie nicht durch seine bloße Anwesenheit in Lebensgefahr zu bringen, die lange und gefährliche Flucht auf sich nahm.

Er hat mir diese Geschichte immer und immer wieder erzählt, mir schreckliche Videos davon gezeigt, was anderen ehemaligen afghanischen NATO-Mitarbeitern in Afghanistan passiert ist, und kürzlich sogar einen unglaublich mutigen Vortrag darüber im Café Chaos an der Hochschule Fulda vor mehr als 100 Zuschauern gehalten. Sein eindringlicher Aufruf: Beschäf-

tigt euch bitte nur zwanzig Minuten damit, was gerade in Afghanistan passiert. Afghanistan ist kein sicheres Land!

Das ist auch den hiesigen Behörden bekannt. Schon ein Blick in die aktuelle Reisewarnung des Auswärtigen Amts offenbart Schreckliches: „Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt. Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. [...] In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit, auch in der Hauptstadt Kabul kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.“

Mein Mitbewohner hofft nun darauf, dass er die Anerkennung als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhält, was ihm erlauben würde, seine Frau und Kinder nach Deutschland nachzuholen. Die Kinder waren zu klein, um die Flucht durchstehen zu können, weshalb die junge Familie seit mehr als einem Jahr in schmerzlicher Trennung leben muss.

Ich spreche ihm Mut zu. Sein Fall scheint eindeutig: Menschen, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ im Ausland Asyl suchen,

müssen als Flüchtling anerkannt werden. Das trifft auf meinen Mitbewohner vollauf zu!

Er macht sich also aufgeregt und nervös auf den Weg zur Befragung nach Offenbach, doch ich mache mir keine allzu großen Sorgen. Schließlich kann er seine Geschichte mit allerhand Dokumenten, zum Beispiel mit Dienstzeugnissen aus seiner Zeit bei den NATO-Kräften, stichhaltig beweisen.

Am Abend sehe ich meinen Mitbewohner wieder. Er sagt, das Interview sei eine Katastrophe gewesen. Wir setzen uns zusammen auf die Couch und er fängt zitternd an zu erzählen: Auf die Frage hin, warum er Afghanistan verlassen musste, wollte er anfangen, seine lange und beschwerliche Geschichte darzulegen und mit den gesammelten Beweisen zu belegen, so wie wir es vorher viele Male durchgesprochen hatten. Doch er kam kaum drei Sätze weit: Als er beginnt, von seiner Zeit bei der NATO von 2006 bis 2010 zu berichten, fährt ihm der Interviewer ins Wort: Das habe doch nichts mit seiner Flucht zu tun. Er solle sich auf das beschränken, was 2015, also im Jahr seiner Flucht, passiert sei. Er protestiert, doch der Interviewer bleibt bei seiner Haltung: Die Geschehnisse vor 2015 seien irrelevant.

Darauf war mein Mitbewohner nicht vorbereitet. Wie auch, schließlich ist das Vorgehen des Interviewers nicht nur dreist, sondern

schlicht falsch. Das hat mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nichts mehr zu tun! Jeder Asylbewerber hat beim zweiten Interview die einzige Chance, seine gesamte Geschichte darzulegen, ganz egal wie lange es dauert. Ihn dermaßen unter Druck zu setzen ist unglaublich - und unglaublich schlimm können die Konsequenzen sein.

Mein Mitbewohner, logischerweise völlig aus dem Konzept gebracht, erzählte schließlich, was nur im letzten Jahr passiert ist. Dass er sich von den Taliban verfolgt gefühlt habe und dass er eines Tages seine Wohnung verwüstet vorgefunden habe. Ob das nichts mit privaten Problemen in seinem neuen Job als Fahrzeughändler zu tun haben könnte?, wird er noch zynisch gefragt.

Dieser Teil des Interviews ist im Protokoll zu finden, das nun einem Entscheider zugeführt wird, der die folgenschwere Entscheidung treffen wird, auf die wir seitdem warten: Flüchtlingsanerkennung: Ja oder Nein? Bleiben wir Mitbewohner, kann auch seine Familie hierherkommen und den lange ersehnten Schutz finden, können sie sich hier ein neues Leben in Sicherheit und Würde aufbauen - oder kommt eines Nachts das Abschiebekommando, verhaftet ihn und fliegt ihn zurück?

Die Fortsetzung des Artikels finden Sie auf der folgenden Seite.



Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan
(Foto: ISAF, CC BY 2.0)

Fortsetzung: Afghanistan ist kein sicheres Land

Was würde dann passieren? Reicht die durch die restriktive Interviewführung nun auf ein Minimum reduzierte Beweisführung aus, um den Entscheider davon zu überzeugen, dass mein Mitbewohner als Flüchtling anerkannt wird? Wir wissen es nicht. Und wir haben riesige Sorgen. Fälle wie dieser, der mir natürlich besonders nahegeht, sind keine Ausnahme. In den vergangenen Wochen wurden fast schon fließbandartig Interviews von Geflüchteten durchgeführt. Viele von ihnen, die aus Afghanistan kommen, berichten von ähnlichen Erlebnissen.

Es entsteht der fürchterliche Verdacht: Jetzt, da wegen des Deals zwischen der EU und Afghanistan das Ziel besteht, abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan abzuschicken, wird viel unternommen, um das auch möglichst vielen Menschen tatsächlich anzutun. Was das für die betroffenen Personen bedeutet scheint absolut zweitrangig zu sein. Das ist ein völlig inakzeptabler und schrecklicher Verstoß gegen elementare Menschenrechte – und das werden wir nicht hinnehmen!

Deshalb finden wir es sehr mutig und unterstützenswert, wenn Menschen aus Afghanistan hierzulande versuchen, sich gegen diese Praxis mit demokratischen, rechtsstaatlichen Mitteln zu wehren! So rief das Afghan Refugees Movement (شېبنج (ناغفا نوریام) am 19.11.2016 zur Demonstration Afghanistan is not safe! - Stop deportations! am Frankfurter Hauptbahnhof auf. Auch die Fuldaer Initiative Welcome In nahm an der Demo teil und spendete Hestickets für die Zugfahrt nach Frankfurt. Gemeinsam mit vielen anderen, die Solidarität zeigen wollten, setzten sie dort ein Zeichen für die Wahrung der Menschenrechte und gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Denn: Afghanistan ist eben KEIN sicheres Land!

Life is education

Es gibt wieder Neues von Bisrat - der 3. Teil

Unser Mitbewohner Bisrat (32), vor rund drei Jahren aus Eritrea geflüchtet, macht eine schwere Zeit durch. Dabei lief es zuletzt doch so gut. Zwei Jahre nach seiner Ankunft in Deutschland konnte er Anfang des Jahres 2016 die Gemeinschaftsunterkunft verlassen und bezog ein Zimmer in unserer WG. Nach 2 ½ Jahren Wartezeit im Sommer dann endlich das Ende seines Asylverfahrens und das Ende der Unsicherheit.

Erleichtert und stolz hielt er seinen Ausweis und seine Arbeitserlaubnis in den Händen. Jetzt konnte es losgehen mit dem Aufbau seines neuen Lebens hier. Die Ausländerbehörde gab die Zuständigkeit an das Kreisjobcenter ab und Bisrat freute sich. Jobcenter – das klang nach Arbeit, sein großes Ziel. Zum Termin bei seiner Vermittlerin begleite ich ihn als Übersetzungshilfe. Bisrat hat sein bestes Hemd angezogen und seine Zeugnisse und andere Unterlagen säuberlich in Klarsichthüllen verpackt mitgebracht. Er will endlich arbeiten und sein Geld selbst verdienen. Doch seine Jobvermittlerin interessiert sich nicht für sein Hemd, nicht für seinen Schulabschluss und nicht für das VHS-Zertifikat über den Kurs „Anwendung von MS Office“. Für seinen Wunsch, „mit Computern“ zu arbeiten hat sie nur ein müdes Lächeln übrig.

Überhaupt werde sie ihm jetzt keine Arbeit vermitteln, auch keine Ausbildung. Jetzt sei erstmal wichtig, dass Bisrat seine Pflichten als Leistungsempfänger verstehe. Er habe jetzt einen Vertrag mit dem Jobcenter, Verstöße gegen den Vertrag führten zu Leistungskürzungen. Ob er das verstanden habe? Und ganz wichtig: Er müsse sich abmelden, wenn er die Stadt verlasse, auch wenn er nur übers Wochenende zu einem Freund nach Frankfurt fahre. Dafür gebe es ein Formular, welches man wiederum nur persönlich und unmittelbar vor der geplanten Fahrt abholen und dann wieder einreichen könne. Die junge Sachbearbeiterin will es richtig machen, sich und vielleicht auch ihn absichern. Sie zählt die Paragraphen auf, spricht

von ortsgebundenen Leistungen und rechtsgültigen Verträgen. Bisrat ist verwirrt. Warum kann er nicht einfach jemanden besuchen fahren? Ist er nicht hergekommen, um frei zu sein? Und warum spricht sie nicht mit ihm über Arbeit? Bisrat schwirrt der Kopf, mir auch.

Nachdem die Formalitäten geklärt sind, versucht er es erneut: Bitte, helfen Sie mir, Arbeit zu finden, egal was. Ich bin müde vom Warten. Nur mühsam kann er seinen Ärger und seine Enttäuschung unterdrücken. Oder vielleicht eine Ausbildung in der Altenpflege, das kann er sich auch vorstellen. Wieder schüttelt die Vermittlerin den Kopf, jetzt schon leicht entnervt.

Sein Schulabschluss nütze ihm hier nichts und sein Deutsch sei zu schlecht. Solange das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) noch seinen Sprachkurs bezahle, solle er den einfach weitermachen und sich in einem halben Jahr nochmal bei ihr melden, dann könne man ja weiter sehen. Alles andere mache zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Ich frage, was mit den ganzen Programmen und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt sei, von denen man jetzt so höre und lese. Komme da nicht etwas in Frage? Die Vermittlerin verneint, sie hat Bisrat nichts anzubieten. Wir verlassen die Behörde, Bisrat mit einer geplatzten Hoffnung, ich mit einem fast geplatzten Kragen – das war alles nicht sehr hilfreich. Was nun?

Bisrat ist unruhig in diesen Tagen, telefoniert Tag und Nacht, schläft wenig, ist schlecht gelaunt und reizbar, schweigt. Überlegt, ob es in Frankfurt oder Köln vielleicht besser wäre.

Er ist frustriert und wir sind es auch. Wir wissen nicht, wie wir ihm helfen sollen. Vielleicht lernt er nicht hart genug Deutsch, vielleicht hat er zu hohe Erwartungen, vielleicht ist er für den deutschen Arbeitsmarkt wirklich nicht geschaffen, vielleicht wäre er besser zu Hause geblieben...

Das denkt Bisrat selbst manchmal auch. Er sagt: „Wenn ich gewusst

hätte wie schwer es wird, hier Arbeit zu finden, wäre ich nicht gekommen.“ Ich frage, was seine Alternative gewesen wäre, denn in Eritrea wurde er ja vom Militärregime verfolgt. „Saudi-Arabien vielleicht, Dubai, Katar“, überlegt Bisrat, „dort spräche ich wenigstens die Sprache. In Saudi Arabien könnte ich mit ein bisschen Glück vielleicht richtig viel Geld verdienen. Aber ich wäre dort nicht frei. Weißt du, ich habe seit einer Weile nicht mehr gebetet. Ich zweifle, ich bin wütend. Hier in Deutschland ist das meine persönliche Angelegenheit, ich kann das mit mir selbst und mit Gott abmachen. Wenn ich in Saudi-Arabien die Gebetszeiten nicht einhalte und mich nicht regelmäßig in der Moschee blicken lasse, kommt die Polizei, vielleicht verliere ich meine Arbeit deswegen oder muss sogar ins Gefängnis. Ich könnte auch nicht so zwanglos mit Frauen meine Zeit verbringen, so wie mit euch, mir meine Freunde nicht selbst aussuchen und so weiter. Die Freiheit hier ist mehr wert als das Geld dort.“

Bisrat besucht jetzt an fünf Vormittagen in der Woche einen Deutschkurs. Zu Hause schaut er Selbstlern-Videos und deutsches Fernsehen, schreibt wie wild Hefte voll mit Vokabeln und Grammatikregeln, aber die Worte bleiben nicht in seinem Kopf. In seinem Kopf, da sind tausend andere Dinge. Die Familie zu Hause macht Druck. Warum schickt er nicht mehr Geld? Warum hat er noch keine Arbeit, keine eigene Wohnung? Ist er im Westen etwa faul geworden? Wann kann seine Frau nachkommen? Bisrat erzählt, dass sich in seiner Heimat niemand vorstellen kann, wie schwer es für ihn ist, überhaupt irgendeine Arbeit zu finden. Dass man hier nicht einfach als Tagelöhner anheuern kann und sofort Geld auf die Hand bekommt. Und dass die staatliche Unterstützung, von der er im Moment lebt, gerade so für sein tägliches Leben reicht.

Auf Facebook zeigt er mir Selfies von jungen Geflüchteten, die neben einem teuren BMW oder vor einem schicken Haus posieren.

Die Familien zu Hause sollen stolz auf sie sein, sollen glauben, dass sie es hier schon geschafft haben und dass es ihnen gut geht. Dass es nicht ihre Autos und nicht ihre Häuser sind, vor denen sie da stehen, davon posten sie nichts. Auch nichts vom tristen Alltag in der Sammelunterkunft, den viele von ihnen aus Mangel an Beschäftigung die meiste Zeit schlafend verbringen und nichts von der Kompliziertheit deutscher Behörden und den harten Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes.

Bisrat postet: „Wenn du Geld willst, komm nicht her. Aber das Leben ist frei.“

Zwei Monate später, Oktober. Der Sprachkurs gibt Bistrats Tagen eine Struktur. Die aufgeregten Telefonate mit seiner Familie sind weniger geworden. Seine Frau konnte endlich ihren Antrag auf Nachzug in der deutschen Botschaft von Katar einreichen. Jetzt heißt es wieder warten, Bisrat kann nichts weiter tun. Er betet wieder, kocht, bekommt hin und wieder Besuch von Mitschülern aus seinem Sprachkurs. Staubsaugt die Wohnung einmal mehr als nötig und pfeift dabei, es ist etwas zu tun. Am Wochenende fährt er mit uns Fahrrad oder geht spazieren, abends der Tatort. Was man halt so macht an einem deutschen Sonntag. Sein Deutsch wird langsam besser, unser Arabisch nicht.

Bisrat ist jetzt seit drei Jahren in Deutschland, seit 10 Monaten bei uns. Fast nichts ist so, wie er es sich vorgestellt hatte. Doch er gibt niemandem die Schuld und hofft weiter. Ich bewundere seine Geduld und sein Gottvertrauen. „Life is education“, mit dieser Weisheit bringt er sich durch die schwierigen Phasen, wenn nichts voran zu gehen scheint. Und ich denke, gut, dass er bei uns ist. Leben heißt lernen.

- Kurz vor Druck dieser Ausgabe erhielt Bisrat übrigens sein erstes richtiges Jobangebot. Er hatte sich selbst darum bemüht und ist froh über die geregelte Arbeit. Der Vertrag ist allerdings befristet. Wir werden weiter über ihn berichten.



Viel Zeit zum Nachdenken: Bistrats Alltag in Deutschland. (Foto: unsplash.com, public domain)

Kriegsspuren erkennen - Waffenhandel beenden

Erklärung von Bischof Algermissen zum Internationalen UN-Friedenstag im September 2016

Die Produktion und der Handel mit Waffen gefährden weiterhin den Frieden. Durch Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Thyssen Krupp, Krauss-Maffei Wegmann/Nexter, Diehl oder Airbus Defence & Space existiert in Deutschland ein Industriezweig, der durch Entwicklung, Produktion und Verkauf von Waffen Geld verdient. Waffen sind indes keine Waren wie alle anderen, sondern sind Mittel, mit deren Hilfe Kriege geführt werden.

Waffenlieferungen sind nur dorthin möglich, wo eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, politische Konflikte notfalls auch mit militärischen Mitteln zu klären. Sie verändern regionale Machtverhältnisse und schaffen ein Klima des Unfriedens, in dem das Gefühl der subjektiven Bedrohung mit dem Erwerb von Waffen wächst. Waffenlieferungen stehen so in der Gefahr, ein Wettrennen auszulösen und eine nachhaltige Entwicklung, die Grundlage sozialen Friedens, zu verhindern. Insbesondere im Blick auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens – eine Hauptempfängerregion deutscher Waffenexporte – ist deshalb festzuhalten, dass Waffenexporte keine politische Stabilität schaffen, sondern Frieden gefährden. Deutschlands Position als drittgrößter Waffenexporteur macht deutlich, dass Kriegsursachen auch von Deutschland ausgehen. Frieden ist kein Zustand über den wir ver-

fügen, sondern eine Hoffnung, die „voll Eifer“ erstrebt werden muss (vgl. Hebr. 12,14). Aus Sicht der katholischen Friedensbewegung pax christi besteht dringender Handlungsbedarf. Sinnvoll ist eine Klarstellung im Friedensartikel des Grundgesetzes, dass grundsätzlich keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter exportiert werden. Notwendig ist auch die Erarbeitung eines Rüstungsexportge-



setzes, das die Produktion und den Export von Waffen als Friedensrisiko versteht und die Reduzierung der deutschen Rüstungsproduktion sowie der Rüstungsexporte aus Deutschland anstrebt.

Wer Waffen herstellt und sie in die Welt setzt, trägt Verantwortung für das, was mit diesen Waffen geschieht. Wenn die Bundesregierung Rüstungsexporte genehmigt, sollte sie gleichzeitig konkrete Abrüstungsinitiativen unterstützen, durch die eine Anhäufung von

Waffen in den belieferten Ländern verhindert und einem Rüstungswettlauf vorgebeugt wird. Gerade die von Deutschland belieferten Länder des Nahen und Mittleren Ostens brauchen keine neuen Waffen, sondern Schritte zur Demilitarisierung mit dem Ziel, vorhandene Waffen einzusammeln und zu vernichten.

Die deutschen Bischöfe haben in ihrem Hirtenwort „Gerechter Friede“ (vom 27.9.2000) darauf hingewiesen, dass „Lüge und Verdrängung, Selbstbetrug und Verharmlosung... die Heilkräfte einer Gesellschaft“ zersetzen und „die Keime neuen Unfriedens“ bilden (Nr. 109). Wer also „den Frieden will, muss für den Frieden bereit sein“ (Nr. 108). Solchen Schritten auf dem Weg des Friedens nachzuspüren lädt die von pax christi mitveranstaltete diesjährige Ökumenische Friedensdekade vom 6. bis 16. November 2016 ein. Unter dem Motto „Kriegsspuren“ will sie das Bewusstsein für den unbedingten Wert des Friedens in Gerechtigkeit schärfen. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und er stellt sich nicht automatisch ein, wenn die Waffen schweigen. Kriege hinterlassen Narben, die fortwirken, wenn der letzte Schuss längst verklungen ist. In gleicher Weise ist Frieden auch dann bedroht, wenn nicht gekämpft wird. Spuren dieser Art von Nicht-Frieden gibt es in Deutschland viele. Die Ökumenische Friedensdekade

wendet sich 2016 besonders gegen den Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen zu Tode kommen.

Traditionell stellt sich die Friedensdekade unter das prophetische Wort „Schwerter zu Pflugscharen“ (Jes 2,4; Mi 4,1-3). Sie hält damit die Vision einer Welt offen, in der Menschen keine Waffen mehr brauchen. Wenn dieser Zustand heute sicher noch nicht erreicht ist, bedeutet das noch lange nicht, dass sich Krieg „rechnen“ darf. Wer mit Waffen Geld verdient, schöpft Gewinn und profitiert am Leid von Menschen, ob ihm das klar ist oder nicht.



Bischof Algermissen
(Foto: StagiaireMGIMO, CC BY SA 3.0)

Ein paar Auszüge aus dem aktuellen Rüstungsbericht des Wirtschaftsministeriums:

Deutschland zählt zu den größten Rüstungsexporturen der Welt. Die Genehmigungen für das erste Halbjahr haben einen Umfang von gut vier Milliarden Euro. Das ist etwa eine halbe Milliarde - oder gut zehn Prozent - mehr als im Vorjahreszeitraum.

Die Ausfuhr von Munition ist exorbitant gestiegen. Saudi-Arabien, das einen grausamen Krieg im Jemen führt, belegt den dritten Platz bei den Empfängerstaaten deutscher Rüstungsexporte.

Interview mit Bischof Algermissen

In Zusammenhang mit der hier veröffentlichten Erklärung plant die Redaktion der AGORA für die nächste Ausgabe ein Interview zum Thema Waffenhandel mit dem Fuldaer Bischof und pax christi-Präsidenten Heinz-Josef Algermissen. Wir möchten den Leser*innen der AGORA die Möglichkeit geben, Fragen an Bischof Algermissen für dieses Interview zu formulieren.

Wenn Sie also eine Frage zum Thema haben, senden Sie diese mit dem Betreff „Frage an Bischof Algermissen“ bitte per Mail an redaktion@agora-fulda.de oder per Post an: Redaktion AGORA, Luckenberg 1, 36037 Fulda.

Inklusion - Ein Glaubensbekenntnis?

Ein Gastbeitrag von Till S. Kronsfoth

Inge Hirschmann ist genervt. Ständig, so beklagt sich die Schulleiterin, würden Leute anrufen, um sie zu diesem Thema zu befragen. Während sie spricht, gibt Hirschmann sich keine Mühe, ihren Berliner Dialekt zu verbergen. „Man darf Kinder mit Behinderungen nicht aussondern“, sagt sie.

Das Thema, über das sie spricht, ist seit einigen Jahren bei jenen, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen, ein geflügelter Begriff: „Inklusion“. Inklusion beschreibt nicht nur wie nach den Vorstellungen der Verfechter jenes Ansatzes mit behinderten Menschen umzugehen sei. Man will auch ein bestimmtes Menschenbild vermitteln. Es geht darum, dass Menschen mit Behinderungen nicht erst in eine „normale“ Gruppe integriert werden müssen, eben deshalb, weil sie nicht unnormale sind. Stattdessen soll sich die Heterogenität der Gesellschaft in allen Lebensbereichen widerspiegeln. So fordert der Berliner Behindertenverband (BBV) zur effektiven Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – in welcher das Ziel der Inklusion einen zentralen Punkt einnimmt – an allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt zu werden, die die Belange von Menschen mit Behinderungen betreffen.

Beim Thema Schule sind die Verfechter der Inklusion besonders engagiert. Die Verschiedenheit der Menschen soll sich auch im Schulunterricht widerspiegeln: Das heißt, Unterschiede zwischen Schülern nicht als Mangel zu empfinden, sondern von Anfang an zu akzeptieren, dass jedes Kind individueller Förderung bedarf. Doch selbst in jenen Bundesländern, die wie Bremen die Inklusion bereits 2009 gleich nach

Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in ihre Schulgesetze aufnahmen, sind die Gräben zwischen Befürwortern und Skeptikern so tief wie eh und je.

Inge Hirschmann ist Direktorin der Heinrich-Zille-Grundschule, einer „Inklusionsschule“. Die Schule befindet sich im Hinterhaus eines Berliner Altbaus im Stadtteil Kreuzberg. Hirschmanns Büro wirkt auf-



Blick in ein Klassenzimmer (Foto: hdornak, public domain)

geräumt und funktional. „Der Gedanke ist, weg vom einzelnen Kind zu gehen, sondern zu sagen, wir machen uns fit für die Kinder, die kommen. Wir wollen eine Schule für alle“, sagt Hirschmann. Doch hier beginnt das Dilemma: Denn dieses Modell steht fast zwangsläufig in Abgrenzung zur integrativen Beschulung. Dem Integrationsgedanken wohnt der Ansatz inne, dass Schüler mit einer Behinderung den Unterricht an einer Regelschule besuchen, dort jedoch individuelle Förderung zum Beispiel durch spezielle Hilfsmittel erhalten, und so auch in Kontakt zu nicht behinderten Kindern treten können. „Bei der Integration ist das

behinderte Kind der Bittsteller. Das fängt bei der Frage an, ob ein behindertes Kind einen Assistenten bekommt“, kritisiert Hirschmann. Beiden Konzepten, dem der Inklusion sowie dem älteren der Integration, steht das Modell der Förderschule entgegen. Hier werden Kinder mit ähnlichen Handicaps an speziellen Schulen von speziell ausgebildeten Sonderschulpädagogen

unterrichtet. Die Förderschulen sind, angefangen bei ihrem Mobiliar, über die Größe der Klasse und die Architektur des Schulgebäudes, bis hin zur Gestaltung des Unterrichts komplett auf die Kompensation der Behinderungen ihrer Schüler eingestellt. Kann eine inklusive Schule behinderten Kindern ebenfalls einen solchen Komfort bieten? An ihrer Schule seien unter den behinderten Kindern hauptsächlich welche mit Lernbehinderungen. Daher könne man auf besondere Hilfsmittel, wie es sie zum Beispiel an Sehbehindertenschulen gibt, verzichten, weicht Inge Hirschmann aus. „Ich gebe zu, wir sind Pioniere auf diesem Ge-

biet.“ An der Heinrich-Zille-Grundschule sind bei einer Klassengröße von 24 Kindern 3 mit Förderbedarf. Für behinderte Schüler werden halbjährlich Förderpläne erstellt. Sozialpädagogen werden im Unterricht eingesetzt, um bestimmte Kinder zusätzlich zu unterstützen. Der Lehrerverband „Lehrer NRW“ kritisiert, die UN-Behindertenrechtskonvention werde falsch ausgelegt. Dort stehe zwar, dass Kinder mit und ohne Behinderungen nicht vom gemeinsamen Lernen abgehalten werden dürfen, das gebiete jedoch nicht die Schließung von Förderschulen. Tatsächlich droht zumindest in Nordrhein-Westfalen vielen Förderschulen die Schließung, nachdem die Landesregierung eine neue Mindestschülerzahl verordnete, die über der bisherigen liegt. Davon könnte auch der Sohn von Birgit Hoppe betroffen sein. Der 13-jährige Nikolas leidet unter Autismus und besucht eine Förderschule in Paderborn. „Bei einer Integrationsschule hätte ich Angst, dass er vielleicht gehänselt wird“, sagt Hoppe. Auch an Nikolas' Schule werden Förderpläne erstellt und zusätzliche Lehrkräfte im Unterricht eingesetzt. Die Klassengröße beträgt acht bis zehn Kinder. Nachmittags hat Nikolas Logopädie und Ergotherapie – alles an einem Ort. Ein schuleigener Fahrservice holt die Kinder morgens ab und bringt sie nachmittags heim.

Die Aktion Mensch verkündete unlängst im Rahmen einer Kampagne zur Förderung der Inklusion, an Förderschulen würden Kinder „aus-sortiert“. Sieht Inge Hirschmann das genau so? „Ich finde schon, dass man von aussortieren sprechen kann“, sagt sie unumwunden. „Wir brauchen keine spezielle Förderung. Wir brauchen einfach gute Schulen.“

Dann erzählt sie plötzlich von der Begegnung mit einem Elternpaar, das sich kürzlich bei ihr vorgestellt habe. Deren Junge hatte aufgrund einer schlimmen Knochenkrankheit ein deformiertes Gesicht. „Da habe ich mir schon gedacht, der wäre an einer Förderschule eigentlich besser aufgehoben. Weil hier die Gefahr doch größer ist, dass er von den anderen Kindern gemobbt wird.“ Hirschmann windet sich auf ihrem Stuhl, bevor sie sagt: „Letztendlich ist Inklusion ein Glaubensbekenntnis.“

Ergänzung der Redaktion:

Am Beispiel der Marienschule in Fulda zeigt sich, wie der inklusive Gedanke auch mit vergleichsweise kleinen Veränderungen umgesetzt werden kann. Ein schallgedämmtes Klassenzimmer, Unterstützung durch Headsets und Mikrofone und eine besonders gebärdensprache der Unterrichtenden sind Methoden, die den Besuch der Regelschule auch für Schülerinnen und Schüler mit einer Beeinträchtigung des Hörvermögens ermöglichen. Zur Frage, ob eine komplette Abschaffung der Förderschulen im Zuge der Inklusion möglich oder sinnvoll ist, würden wir uns über Diskussionsbeiträge oder Erfahrungsberichte von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, freuen.

Zum Autor:

Till Kronsfoth, geboren 1987, studierte in Marburg und Berlin Geschichte. Im Anschluss absolvierte er eine Ausbildung zum Fachjournalisten. Seit 2009 veröffentlicht er im Selbstverlag Romane.

Sprechen geht auch anders

Eine Kurzgeschichte von Gudrun Pausewang

Auf der Reise von Fulda nach Karlsruhe gerieten Laura und ihre Omi in ein Abteil, in dem lauter Ausländer saßen: eine Türkin mit ihrem kleinen Sohn, ein Japaner mit seiner Frau und ein Afrikaner. Das gefiel Laura und Omi gar nicht. Beide unterhalten sich gern. Zwei Stunden stumm sein, in einem proppevollen Abteil - nein, das ist nichts für sie.

Anfangs hatte Omi noch Hoffnung, dass von den Ausländern jemand Deutsch verstünde.

Sie wandte sich an die Türkin mit dem Kind auf dem Schoß: „Na, wo soll's denn hingehen?“

Die junge Frau sah sie hilflos lächelnd an und hob die Schultern. Also die fiel für eine Unterhaltung schon mal aus. Omi seufzte.

Nach einer Weile versuchte sie, ein Gespräch mit den Japanern anzuknüpfen. Die antworteten ihr höflich auf Englisch. Omi hörte wohl, dass das Englisch war, aber sie hatte weder in der Schule noch im späteren Leben Englisch gelernt. Und Laura ist erst neun Jahre alt.

„Sie verstehen wohl auch kein Deutsch, nicht wahr?“, sagte Omi zu dem Afrikaner.

Der antwortete ihr so, als ob er jedes Wort durch die Nase bliese. Das war wohl Französisch. Nein, auch Französisch konnte Omi nicht verstehen, und Laura schon gar nicht.

„Zwei Stunden lang“, seufzte Omi. „Zwei Stunden und fünfundzwanzig Minuten! Wenn man bedenkt, wie interessant es sein könnte, sich ein bisschen näher zu kommen!“

Aber Laura gab noch nicht auf. Warum sollte eine Unterhaltung nicht auch ohne Sprache möglich sein?

Sie saß dem kleinen türkischen Jungen gegenüber. Er war höchstens zwei Jahre alt. Sie schnitt ein paar lustige Grimassen. Er musste lachen. Sie ließ ihre Finger wie Fliegenbeine über seinen Bauch bis unter sein Kinn krabbeln und kitzelte ihn dort. Der Kleine krächte vor Vergnügen. Alle im Abteil schauten zu und amüsierten sich.

Laura ließ ihren Zeigefinger wie eine Mücke kreisen und summte dazu. Die Mücke setzte sich auf den Arm, die Wange, das Knie des Jungen und zwickte. Aber nur ganz wenig - so, dass es nicht weh tat. Der Kleine versuchte die Mücke wegzuschrecken. Aber sie war schlau. Immer wieder fand sie einen Weg, ihn zu erreichen. Alle hatten ihren Spaß, der Kleine wie die Großen.

Warum sollte es die Mücke nicht auch mal bei dem Afrikaner versuchen? Aber der war schneller. Mit einem Gelächter, das den Zug fast entgleisen ließ, fing er Lauras Zeigefinger ein und ließ ihn erst nach einer Weile wieder frei. Alle lachten mit.

Omi hatte jetzt auch eine gute Idee, wie sich's im Abteil weiter gegenseitig anfreunden ließ: Sie packte ihren Streuselkuchen aus und bot ihn an. Alle nahmen ein Stück. Er schien zu schmecken. Denn der Afrikaner rollte mit den Augen, machte, mit hochgezogener Braue auf den Kuchen zeigend: „Mmmm!“, presste Daumen- und Zeigefingerspitze aneinander und hob die drei übrigen Finger hoch. So machen Köche, wenn sie eine Speise gut finden. Laura kennt das aus den Werbespots.

Die beiden Japaner nickten eifrig und sagten: „Very good, very good!“, was so ähnlich wie „gut“ klang. Die Türkin legte die Hand auf ihren Magen und machte ein verzücktes Gesicht. Und der kleine Junge stopfte sich ein zweites Stück Kuchen in den Mund.

Als der Getränkewagen mit Geklingel vorbeigeschoben wurde, spendeten die Japaner für alle eine Fanta, und alle bedankten sich herzlich auf ihre Weise. Laura lächelte und nickte, und die Japaner verstanden, was sie damit meinte.

Ihr fiel das Schwarzer-Peter-Spiel ein, das sie mit auf die Reise genommen hatte. Es lässt sich auch ohne zu sprechen spielen. Und es ist so kinderleicht zu lernen.

Die Japaner nickten und lachten, als ihnen Laura die Kartenpaare und

den einzelnen Schwarzen Peter - einen grinsenden schwarzen Kater - zeigte. Offensichtlich kannten sie dieses Spiel auch. Die Türkin und der Afrikaner begriffen die Spielregeln schnell. Und dann spielten sie. Der Afrikaner lachte schallend, nachdem der Japaner den Schwarzen Peter gezogen hatte. Der gab ihn mit toderntem Gesicht an seine Frau weiter. Jeder verlor mal, außer der Türkin, und Omi blieb sogar dreimal auf dem Schwarzen Peter sitzen! Der Afrikaner bot ihr zum Trost einen Schokoriegel an. Aber Omi lachte nur. Sie versteht Spaß und kann verlieren, ohne sich darüber zu ärgern. Das ist auch eine Kunst.

Zwischen Mannheim und Karlsruhe fing Laura an zu singen. Sie sang: „Die Vögel wollten Hochzeit halten in dem grünen Walde...“. Omi sang die zweite Stimme dazu, denn sie ist im Gesangsverein. Sie erhielten Applaus. Dann zeigte Laura auf den Mund des Afrikaners und sang: „lalala“. Er verstand sie und sang mit lauter Stimme ein afrikanisches Lied. Es gefiel nicht nur Laura sehr gut. Alle klatschten. Danach sangen die Japaner. Sie sangen sehr leise, und ihr Lied klang etwas ungewöhnlich. Aber Laura und Omi hatten dafür Verständnis. Man kann ja nicht erwarten, dass ein japanisches Lied genau so wie ein deutsches klingt. In

Japan ist vieles anders. Und die Türkin? Sie zierte sich eine Weile, dann sang sie auch. Sie bekam besonders viel Applaus.

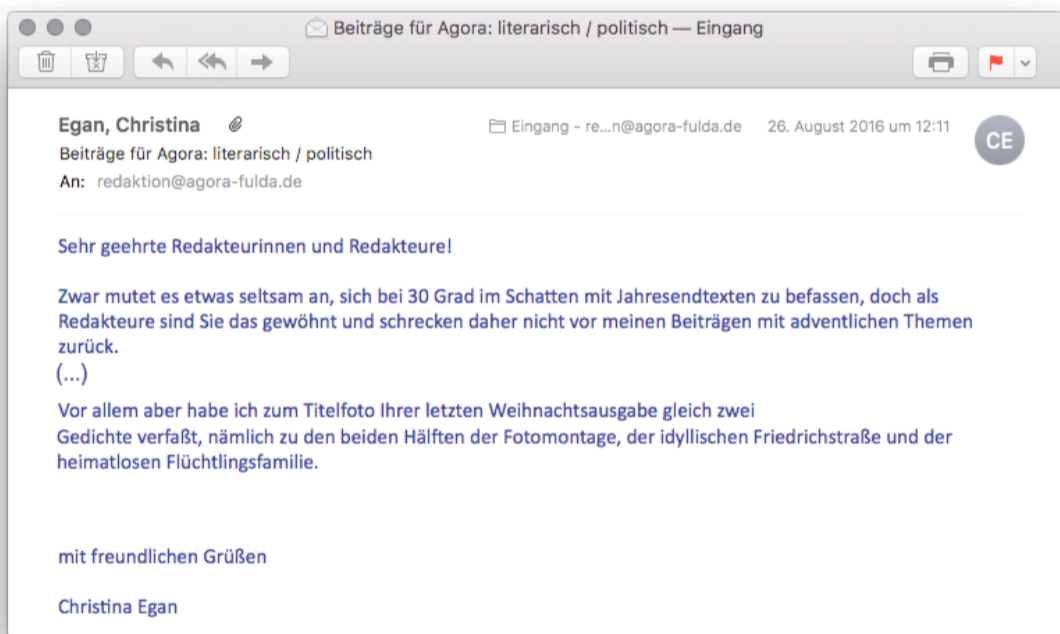
Kurz vor Karlsruhe stimmten die Japaner eine Melodie an, die auch Omi kannte.

„Das ist Freude, schöner Götterfunken!“, rief sie. „Das haben wir mit unserem Chor gesungen.“

Sie übernahm die zweite Stimme. Auch der Afrikaner kannte die Melodie und sang sie so laut mit, dass man sie sicher noch im drittnächsten Abteil hören konnte. Nur der Türkin war sie fremd, aber sie klatschte den Rhythmus mit. Sie wiederholten das Lied gemeinsam, bis der Zug hielt.

„Omi, können wir nicht noch ein Stück weiter mitfahren?“, bat Laura. Aber in Karlsruhe warteten ja schon Vati und Mutti auf dem Bahnhof. Und so gab es ein lebhaftes Uarmen und Händeschütteln. Noch als Omi und Laura über den Bahnsteig davongingen, winkten ihnen die Japaner, die Türkin und der Afrikaner aus dem Abteifenster nach. Omi und Laura winkten zurück. Laura breitete ihre Arme ganz weit aus. Was sie damit sagen wollte, verstanden ihre Freunde im Zug ganz genau.

Gudrun Pausewang



Kerzenbetrönt

Senkt sich die Dämmerung an frostigen Tagen, früher denn jemals, doch zauberhaft blau, hängt über stolzen gewölbten Mansarden, hält über giebelgeschmückten Fassaden, bannt aus dem Geiste das leidige Grau.

Stürzen Gestirne herab in Kaskaden, feucht ist das Pflaster, doch golden getönt, spannen sich Perlen an Faden um Faden blinkend und bebend von Laden zu Laden bis an die Kirchtürme, kerzenbetrönt.

Christina Egan



Farbechte Hoffnung

Der Behälter enthält eine bunte Matratze, einen kleinen Fernseher und eine Familie: Mann, Frau und Kind.

Jeder von ihnen marschierte durch Wüsten und Sümpfe mit einem Rucksack voll Kleidern und einer Tasche voll Träumen.

Träumen von Süßigkeiten und Brot, von Spiel und Arbeit, von Frieden.

Träume von Alltag. Träume von Schlaf. Träume von Heimat.

Der Behälter enthält drei hungrige Menschen, drei hungrige Herzen und viele Ballen farbechter Hoffnung.

Christina Egan

Briefe an die Redaktion

Wir freuen uns immer über Zuschriften, egal ob digital oder analog. Am häufigsten erreichen uns über unsere Facebookseite Reaktionen von Lesenden, etwas seltener bekommen wir direkt Zuschriften per E-Mail. In den beiden Fällen hier wollten wir jedoch auch Ihnen, dem geneigten Leser und der geneigten Leserin der Ausgabe 10, die Zuschriften nicht vorenthalten: Zum einen eine kleine Verbesserung, die wir gerne an die nicht mehr ganz so

im Latein firme Frau Korlev weitergeben; zum anderen: zwei von der AGORA Ausgabe 7 inspirierten Gedichte. Dazu noch aus Tottenham in Großbritannien (Noch-EU), nicht mehr ganz in unserem Hauptinzugszentrum Osthessen...

Wir wünschen viel Spaß beim lesen und freuen uns natürlich sehr auf weitere Zuschriften!

Ihre AGORA Redaktion



Stromkonzerne kaufen sich von Ewigkeitskosten frei

Ein Lehrstück in Lobbyarbeit der vier großen Stromkonzernen

Da packt man sich doch an den Kopf! Und wieder ist es einigen Konzernen gelungen, sich die finanziellen Folgen ihres unverantwortlichen wirtschaftlichen Handelns vom Hals zu schaffen.

Nur die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke sowie die Verpackung des Atommülls sollen EON, RWE, Vattenfall und EnBW selbst zahlen. Die Bundesregierung will dafür freundlicher Weise die Atommüll-Entsorgung übernehmen, ebenso wie die Haftungsrisiken der Endlagerung. Doch bisher gibt es noch gar kein Atommüllendlager, und die tatsächlichen Kosten für den Steuerzahler sind in keinsten Weise für die nächsten 100.000 Jahre sicher zu kalkulieren. Nach einer Studie von Greenpeace wurde die deutsche Atomindustrie in den Jahren von 1950 - 2010 mit dem stattlichen Betrag von 204.000.000.000 € (204 Mrd. Euro) subventioniert. Dazu gehörten direkte Finanzhilfen des Bundes, Forschungsförderung, Kosten für die Atommüllendlager Asse II und Morsleben und für die Stilllegung ostdeut-

etwa 150 Generationen gebaut) in Deutschland bedeutet, am Nasenring durch die Manege ziehen und fordert das Publikum auch noch zum Klatschen auf nach dieser Glanzleistung.

Einige Kommentatoren bewerten den Beitrag der Atomindustrie als ausreichend, denn schließlich sollten die Konzerne in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Was für eine schöne feine Welt. Hier kann man sich wirtschaftlich betätigen, im Laufe von Jahrzehnten einen dreistelligen Milliardenbetrag als Gewinn einfahren und dann, irgendwann, wenn einem die Folgekosten über den Kopf zu wachsen drohen, einfach sagen: Lieber Staat, mach Du doch mal. Jeder Handwerker, jeder Selbständige, der sich in seinem wirtschaftlichen Tun verkalkuliert und daraufhin insolvent wird, muss für die Folgen seiner Handlungen haften, und zwar im Zweifelsfall bis hin zur Privatinsolvenz und bis ans Ende seiner Tage.

Eigentlich wäre es an der Zeit, die aktiven Bürgerinnen und Bürger, die sich bereits in den Achtziger

was im Einzelfall sicher tragisch, in der Gesamtheit jedoch als Folgewirkung angemessen wäre. Dem Anleger an der Börse wäre es ein Lehrstück über die Risiken, die eine Aktienbeteiligung hat, und die eben die zweite Seite der Medaille der großen Zugewinnmöglichkeiten durch Aktienbesitz ist. Selbst mit der Übereignung sämtlicher Geschäftsanteile an den deutschen Staat und der Nutzung aller zukünftigen Gewinne zur Deckung der atomaren Folgekosten bliebe immer noch ein erheblicher Anteil übrig, der dann von den steuerzahlenden Bürgern gedeckt werden müsste.

Aber von der großen Koalition in Berlin ist eine solch zukunftsweisende und der Ernsthaftigkeit der Angelegenheit entsprechende Entscheidung wohl nicht zu erwarten. Zu sehr sitzt der neoliberale Geist noch in den beteiligten Ministerien. Zu sehr wird allenthalben noch auf die heilenden Wirkungen des Marktes vertraut. Zu sehr wird die Politik von Lobbyerfolgen beherrscht. Zu sehr stecken wir hier im Kapitalismus fest.



Foto: public domain

scher Atommeiler. Dazu kommen Steuervergünstigungen in der Energiebesteuerung und durch die Regelungen bei den Entsorgungsrückstellungen, sowie Zusatzeinnahmen der AKW-Betreiber durch den Emissionshandel. Mit einer einmaligen Zahlung von nur 23,6 Mrd. € gelingt es jetzt den vier Stromriesen, sich sämtlicher zukünftiger Folgekosten durch die jahrhunderttausendelange Endlagerung zu entledigen. Unbestritten handelt es sich um ein Lehrstück für künftige Firmenlenker mit dem Titel: Wie es mir gelingt, die Gewinne aus meinem wirtschaftlichen Handeln zu privatisieren und die Folgekosten der Gesellschaft an den Hals zu hängen.

Und unser Wirtschaftsminister lässt sich mit der Billigung einer solchen Regelung, deren Folge eine ungeheure und noch nicht einmal auch nur in Ansätzen bezifferbare finanzielle Last für die nächsten mindestens 3000 Generationen (zur Verdeutlichung: Die Pyramiden von Gizeh wurden vor

Jahren gegen den Ausbau der Atomindustrie in unserem Land engagiert hatten, zu loben und deren Engagement ins rechte Licht zu rücken. Würden sie doch damals von der herrschenden Politik schnell in die radikale Ecke gestellt, und auch von der Mehrheitsgesellschaft misstrauisch angesehen und oftmals verunglimpft. Sie waren eben nicht unkritisch fortschrittsgläubig und somit dem damaligen Zeitgeist und der politischen Agenda im Weg.

Nachdem nun klar ist, dass die Folgen des Handelns der vier Atomkonzerne in diesem Land unglaubliche Milliarden an Folgekosten verursachen werden, und letztlich doch wieder der Staat, sprich, wir alle als Bürger dieser Gesellschaft, dafür zahlen müssen, wäre mein Vorschlag zur angemessenen Beteiligung der vier Konzerne gewesen: Eine Übereignung sämtlicher zukünftiger Gewinne dieser Unternehmen an die Staatskasse. Die Aktionäre hätten dann leider in die Röhre geguckt, sie hätten ihre Unternehmensanteile verloren,

Beispielrechnung:

Am Eingang des deutschen Atommüllendlagers muss für die nächsten 100.000 Jahre ein Pförtner sitzen. Geht man von 8 Arbeitsstunden pro Tag aus, dann braucht man 3 Arbeitnehmer, die sich rund um die Uhr in Schichten abwechseln. Verdient einer der Pförtner ein monatliches Bruttoeinkommen von nur 2.000 €, dann kostet er seinen Arbeitgeber unter Einrechnung der Sozialabgaben monatlich etwa 2.800 €. Für 3 Pförtner also monatlich 8.400 € - Das sind im Jahr 100.800 € - In 1000 Jahren dann 100.800.000 € - und in 100.000 Jahren stolze 10.080.000.000 € - In Worten zehn Milliarden und achtzig Millionen Euro. Alleine dafür, dass rund um die Uhr ein Pförtner am Eingang des Atommüllendlagers sitzen wird! Und hier sind solche Positionen wie Urlaub, Krankheit, Lohnsteigerungen und Inflation noch gar nicht berücksichtigt.

„Willkommen im Anthropozän!“

Dr. Anke Schaffartzik diskutierte die globale Explosion des Ressourcenverbrauchs

- ein Gastbeitrag von Amata Schneider-Ludorff

Holz, Pflanzen, Tiere, Metalle, Lehm, Stein: Menschen brauchten schon immer alle möglichen Materialien, um zu leben und zu überleben. Aber die Menge an Stoffen, die wir pro Kopf jährlich verbrauchen, hat sich seit 1950 sage und schreibe vervielfacht. Und während die Menschheit bis zum Beginn der Industrialisierung um 1850 fast nur erneuerbare - pflanzliche und tierische - Biomasse verbrauchte, kamen seither insbesondere Industrie- und Bauminerale sowie fossile Energieträger wie Kohle und Öl hinzu.

Sollte uns beunruhigen, dass der globale Materialverbrauch zwischen 1950 und 2010 von 14 auf 71 Milliarden Tonnen gestiegen ist? Ja, meint Dr. Anke Schaffartzik vom Wiener Institut für soziale Ökologie, die in ihrem von der Fuldaer Attac-Gruppe in Kooperation mit der Volkshochschule der Stadt veranstalteten Vortrag „Mit Vollgas in den Abgrund: Zur Explosion des globalen Ressourcenverbrauchs“ Auszüge aus ihrer Forschung vorstellte. Denn die massive Extraktion von Ressourcen überall auf der Welt hat drastische und unumkehrbare Auswirkungen auf das System Erde - von den Weltmeeren über das Klima bis zu den Böden. Kein Wunder, dass Wissenschaftler heute vom Erdzeitalter des Menschen, dem Anthropozän, sprechen, wie jüngst in der Ausstellung „Willkommen in Anthropozän“ im Münchner Deutschen Museum.

„Das würde die Grenzen sprengen“

Wie geht es nun weiter mit dem Ressourcenverbrauch? Schaffartzik hat mehrere Szenarien durchgerechnet - aber beruhigend ist keines davon. Im ersten Szenario - „Weiter so wie bisher“ - ging sie davon aus, dass sich die gegenwärtigen Verbrauchstrends in den früh industrialisierten Ländern wie beispielsweise in Europa oder den USA ebenso fortsetzen wie die in den anderen Ländern. Die Folge: Es ginge „mit Vollgas in den Abgrund“. Der globale Materialverbrauch würde 2050 um 430 Milliarden Tonnen über den 2010 erreichten 71 Milliarden liegen. „Dieses Wachstum ist unmöglich“, so Schaffartzik mit Verweis auf Umweltzerstörung, Klimawandel und das Erschöpfen von Ressourcenbeständen: „Das würde die Grenzen unseres Planeten sprengen.“

Beim zweiten Szenario wird angenommen, dass die frühen Industrialisierer ihren Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen auf 11 Tonnen reduzieren, während „der Rest der Welt“, der heute weniger verbraucht, auf 11 Tonnen aufholen würde. Die Folge wäre immer noch wenig erfreulich. Zwar ginge es immerhin nur noch „mit Halbgas in den Abgrund“, so Schaffartzik, aber das Niveau läge 2050 um 33 Milliarden Tonnen über dem Level von 2010 - und weiteres Wachstum wäre zu erwarten. Auch das wäre für einen Planeten, auf dem menschliches Leben möglich sein soll, nicht zu verkraften.

„Opting out is not an option“

Was aber tun? „Opting out is not an option“ - oder, wie Schaffartzik in anderen Worten erklärte, aus dem Konsum aussteigen und Selbstversorger werden kann einzelne glücklich machen, ist aber kaum eine Lösung für alle. Die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs ist nicht einfach individuellem Konsumverhalten geschuldet, sondern der Notwendigkeit des Wachstums in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Und Wirtschaftswachstum ist nicht ohne ein Wachstum des Ressourcenverbrauchs zu haben.

Für das dritte Szenario wechselte Schaffartzik dann die Perspektive. Brauchen wir wirklich 11 Tonnen Stoff im Jahr, um ein menschenwürdiges, gutes Leben zu führen? Legt man den Entwicklungsindex der Vereinten Nationen, den sogenannten Human Development Index (HDI), der sich aus der Lebenserwartung, der Bildung und dem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen zusammensetzt, zugrunde, falle ein interessanter Trend auf. So erreichten manche Länder im letzten Jahrzehnt durchaus hohe HDI-Werte, obwohl sie nur 5,5 Tonnen Ressourcen pro Kopf verbrauchten.

Wieviel Material braucht ein gutes Leben?

Zwar liegt der Verdacht nahe, dass diese Länder ihren hohen Wert auf dem Entwicklungsindex nur deshalb mit geringem Ressourcenverbrauch erreichten, weil sie ihren Ressourcenverbrauch auslagerten. So schlagen beispielsweise das Öl für in Deutschland betriebene Heizungen und Autos, das Coltan für unsere Handys, das Lithium für unsere elektrischen Batterien oder das Gallium, Indium, Cer und Yttrium in unseren LED-Glühlampen nicht als deutscher Rohstoffverbrauch, sondern als derjenige der exportierenden Ländern zu Buche. Das angeblich so „grüne“ Deutschland, das ohnehin mit über 12 Tonnen pro Kopf massiv Ressourcen verbraucht, schneidet eigentlich sogar noch schlechter ab.

Trotzdem machen die Zahlen Hoffnung: Wenn die Menschheit ein gutes Leben mit einem Materialverbrauch von fünf Tonnen pro Kopf hinbekommen würde, wäre die Folge eine deutliche Reduktion der Ressourcenexplosion und eine Stabilisierung auf dem Niveau von 1950. „Sind wir soweit, dass wir mit weniger mehr erreichen können?“ fragte Schaffartzik zum Abschluss.

Damit stellt sich die Frage, ob wir lernen können zu wirtschaften, um zu essen, zu wohnen und zu leben - und nicht, um Wirtschaftswachstum zu produzieren.

Ein Videomittschnitt des Vortrags finden Sie auf dem Blog von Jens Brehl:

www.der-freigeber.de/mit-vollgas-in-den-abgrund/





Seht doch - es geht doch!

Erneuerbare Energien und gemeinschaftliches Wirtschaften auf dem Vormarsch

Foto: EFFEKT.dk

Eine Revolution ist in vollem Gange, weltweit, bei der die erneuerbare Energieerzeugung durch einzelne Bürger*innen ein wesentlicher Baustein ist.

Der Soziologe Jeremy Rifkin spricht dabei von der dritten industriellen Revolution, die den Kapitalismus um eine neue Wirtschaftsform ergänzen und zukünftig in vielen Bereichen ablösen wird. Was Rifkin zu erkennen glaubt ist, dass die „kooperierende Allmende“, also das gemeinsame Bewirtschaften von gemeinsamen Eigentum, immer mehr in der Vordergrund rückt, weil die Grenzkosten bei der Produktion von Gütern zukünftig gegen Null gehen werden. Das bedeutet, sind erst einmal die Fixkosten bezahlt, entstehen für die weitere Produktion keine Kosten mehr. Im Internet der Dinge wird das Wissen frei geteilt, mit der Hilfe von 3D Druckern werden Güter produziert, die Energie dafür selbst, erneuerbar und kostenlos erzeugt und durch selbstfahrende Fahrzeuge und Drohnen geliefert. Dies führe dann laut Rifkin dazu, dass der Konkurrenzgedanke des heutigen Systems zurückgehen wird und gemeinschaftliche Kreisläufe entstehen werden.

Nur eine Utopie?

Wir haben mal im Energiesektor nach einzelnen Beispielen für Rifkins Vorhersage gesucht. Und sind fündig geworden!

Energiekosten I

In den vergangenen sieben Jahren fielen die Preise für Solarmodule um rund 80 Prozent und die Preise für Windkraftanlagen um 30 bis 40 Prozent. Laut dem Bericht *The Power to Change* der Internationalen Renewable Energy Agency (IRENA) werden die Preise weltweit noch weiter kräftig fallen*. Die durchschnittlichen Kosten für Strom aus Windkraftanlagen auf dem Land könnten bis 2025 um 26 Prozent sinken - aus Solarmodulen sogar um 59 Prozent.

Bis 2025 würden so die Stromkosten im globalen Durchschnitt für Strom aus Windanlagen an Land und Photovoltaik auf vier bis fünf Eurocent pro Kilowattstunde sinken. Die Kosten der Stromerzeugung mit Windkraftanlagen an Land liegen dem Bericht nach mit neuen Anlagen im weltweiten Durchschnitt bei sieben US-Cents pro kWh (5,7 Eurocent). Zum Vergleich: Strom aus neuen Kohlekraftwerken kostet heute in Europa etwa elf Cents.

Wie günstig der Strom aus Solarkraft schon heute sein kann, zeigt ein großer Solarpark, der in den vereinigten Arabischen Emiraten

gebaut werden soll. Der Stromversorger in Dubai erhielt im Frühjahr das Angebot, dort Solarstrom für 2,5 Eurocent pro kWh zu produzieren.

*Man darf sich nun zurecht wundern, warum man in Deutschland immer wieder hört, dass die Erneuerbaren zu teuer sind, so ist z.B. die EEG Umlage schon wieder gestiegen. Dies zeigt jedoch lediglich, wie grundsätzlich falsch das seit 1.1.2010 in Kraft getretene neue Berechnungsmodell des EEG ist. Sinkende Produktionspreise führen dabei zu einer steigenden Umlage. Glauben sie nicht? Schauen sie hier: <http://tiny.cc/eegumlage>

Wohnen I

In Alzey (Rheinland-Pfalz) entsteht eine Neubausiedlung mit 37 Häusern, die sich Dank der „Power-to-Gas“-Technologie emissionsfrei und selbständig mit Energie versorgen wird.

Das in Rostock von der Firma Exytron entwickelte System wandelt Wind- und Solarstrom in Erdgas um. Dieses wird in ein bestehendes Netz eingespeist und kann jederzeit durch Blockheizkraftwerke zur Stromerzeugung und Wärmeabgewinnung genutzt werden. Der Clou bei der Anlage ist der geschlossene Kreislauf: Das Kohlendioxid, das bei der Verbrennung des Methans entsteht, wird aufgefangen und wieder zur Produktion von Methan genutzt.

Die durch das Exytron-Verfahren gewonnene Kilowattstunde Energie, ob Strom oder Wärme, soll weniger als 17 Cent kosten. Und spätestens im Winter werden die Häuser bezugsfähig sein.

Energiekosten II

Laut dem Finanzdienst Bloomberg wurde im Jahr 2015 weltweit mehr Geld in erneuerbare Energien investiert als in konventionelle Kraftwerke. Das Bemerkenswerte daran ist, dass dies trotz des Preisverfalls bei den fossilen Energieträgern, wie Kohle und Öl, passierte.

Für den Thinktank „Agora Energiewende“ ist dies ein eindeutiges Zeichen, dass die Entwicklungsrichtung in der Energiewirtschaft sich hin zur CO₂ neutralen Stromerzeugung verändert hat. Grund dafür sind besonders die Kosten. So können selbst schon in Deutschland Solarparks Strom für unter 9 ct/kWh liefern. Das Fraunhoferinstitut rechnet damit, dass in den nächsten zehn Jahren der Preis für Photovoltaikstrom in Mittel- und Südeuropa

bis auf 4 ct/kWh fallen wird. Somit wird der Solarstrom viel schneller preiswert, als von Experten prognostiziert. Selbiges gilt übrigens auch für die Windkraft an Land, bei der durch neue Entwicklungen der Strompreis laut Patrick Graichen, Direktor von „Agora Energiewende“, bis auf 6 ct/kWh sinken kann. Strom aus neuen Kohle- und Gaskraftwerken kostet dagegen heute bis zu 10ct/kWh.

Biomasse

Ein finnisches Unternehmen kann Tiermist komplett in Biogas und Dünger umwandeln. Häufiger und manchmal auch berechtigter Einwand gegen Biogasanlagen ist die Tatsache, dass man zur Gewinnung von Gas aus Mist auch zusätzlich pflanzliche Stoffe, hierzulande meistens Mais, benötigt. Diese Zugaben reduzieren das Entstehen von Ammoniak während der Gärung. Ammoniak ist deshalb nicht gut, weil es die Bakterien hemmt, die für die Herstellung des gewollten Methangases zuständig sind.

Nun ist es einem finnischen Unternehmen namens Ductor gelungen, eine Technik zu entwickeln, mit der auch große Mengen an Exkrementen in Biogas umgewandelt werden können, und die den weitgehenden Verzicht auf Energiepflanzen wie eben etwa Mais ermöglicht. Durch einen „Stripper“ genannten Prozess wird das Ammoniak aus der Suspension entfernt. Dazu leitet man ein Gas durch die Flüssigkeit, welches das Ammonium mitreißt. So entsteht auch noch wertvoller Dünger. Die derart entschärfte Brühe wird dann in die Biogasanlage gepumpt. „Unsere Pilotanlage in Finnland wurde problemlos mit reinem Hühnermist betrieben“, sagt Ductor-Geschäftsführer Ari Ketola. In Deutschland sind derzeit zwei Anlagen im Bau, eine dritte hat der Biogasanlagenbetreiber BGA Leemhuis in Weener an der Ems kürzlich geordert.

„Allein in Europa könnte die Biogasindustrie mit unserer Technik einen zusätzlichen Gewinn von einer Milliarde Euro pro Jahr erzielen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß um 1,5 Milliarden Tonnen senken“, verspricht Ketola. „Darüber hinaus würden mehr als 800.000 Hektar Nutzfläche, die derzeit für den Anbau von Energiepflanzen verwendet werden, für die Nahrungsmittelproduktion frei.“

Wohnen II

Das Dorf der Zukunft wird schon gebaut: Das Essen - wächst in Gewächshäu-

sern vor der eigenen Haustür, der Strom - stammt aus regenerativen Energiequellen, das Wasser - wird direkt in der Nachbarschaft gesammelt, und der Müll - der ist kaum existent, da es eine nahezu vollständige Kreislaufwirtschaft gibt.

In den Niederlanden entsteht in der Nähe von Almere seit diesem Sommer ein sogenanntes ReGen-Village - ein regeneratives Dorf, das komplett versorgungsunabhängig ist und in 18 Monaten bezogen werden soll.

Der US-Amerikaner James Ehrlich hat zusammen mit dem dänischen Architektenbüro EFFEKT, zahlreiche Kreisläufe zu einem komplexen autarken System kombiniert. Grob gesagt gibt es vier Bereiche: Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung und natürlich die Müllentsorgung.

Für das Essen bestehen im Dorf zahlreiche Produktionsstätten: normale saisonabhängige Gärten, über den 120 Quadratmeter Wohnfläche bietenden Gebäuden installierte, beheizte Gewächshäuser, Vertical Farms, Viehhaltung und Aquaponik. Die für die Fleischproduktion gehaltenen Nutztiere ernähren sich von kompostiertem Abfall. Der unkompostierbare Bestandteil des Mülls wird zur Energieproduktion verbrannt, die restliche benötigte Energie soll durch Solaranlagen und Biogasanlagen gewonnen werden. Überschüssige Energie wird gespeichert und versorgt das Dorf, auch wenn gerade keine produziert wird. Regenwasser dient als Bewässerung und Trinkwasser gleichermaßen - in einer gefilterten und einer ungefilterten Variante. Speicher sorgen für die Versorgungssicherheit.

Mit ReGen-Villages wird das Rad nicht neu erfunden, sondern auf bekannte Technologien zurückgegriffen, die jedoch intelligent kombiniert werden. Mit dem neusten Stand der Agrartechnik wollen die Macher des Zukunftsdorfes einen zehnfachen Ernteertrag mit 90 Prozent weniger Wassereinsatz erzielen.

ReGen-Villages - ein Konzept, das einen Nerv trifft. Nicht nur, dass das Projekt mehrfach ausgezeichnet wurde, auch die Warteliste für künftige Bewohner, auf der man sich auf der Dorf-Website eintragen kann, ist vollkommen überfüllt. Über 6500 potenzielle Bürger des ersten ReGen-Village haben per E-Mail Interesse bekundet. Da trifft es sich gut, dass es nicht bei einem Dorf in den Niederlanden bleibt. Denn das Konzept soll auch in Dänemark, Norwegen und Deutschland zum Einsatz kommen.

Kleinstkraftwerke

Hoffnung geben auch die immer kreativer werdenden Erfindungen von kleinen Anlagen zur Stromherstellung. So findet man etwa baumgroße Windkraftanlagen, deren Rotoren wie Blätter angeordnet sind und zum Beispiel das Stadtbild von Paris bereichern.

Als weiteres Beispiel sei hier eine Turbine genannt, die man einfach in die Strömung eines Flusses legen kann. Das Wasser treibt dann die zwei Rotoren der etwa 2m breiten Anlage an. So kann man auch in abgelegenen Gegenden dauerhaft und unabhängig saubere Energie erzeugen, bis zu maximal 12 Kwh pro Tag (bei einer Fließgeschwindigkeit von 2,5 m/s). Dies ist genug Energie für einen 3-Personenhaushalt in Deutschland.

Verbunden mit einem Kabel wird der erzeugte Strom in einer Batterie gespeichert und steht so für das Versorgungsnetz eines Hauses zur Verfügung.

Weiterführende Links zu diesen Themen:

www.enorm-magazin.de

www.wiwo.de/technologie/green/

www.fr.de

www.dw.com

Rifkin, J.: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft: Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus

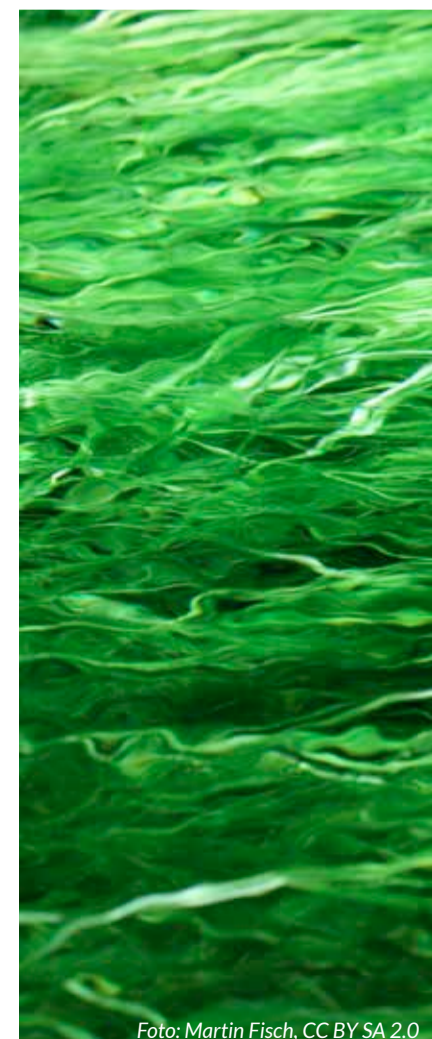


Foto: Martin Fisch, CC BY SA 2.0

Herr Schäuble, lassen Sie sich nicht von den Atomkonzernen austricksen!

Die Betreiber der deutschen Atomkraftwerke wollen sich vor rund 750 Millionen Euro Steuerabgaben für ihre Brennelemente drücken. Doch trotz des drohenden Haushaltslochs schreitet Finanzminister Schäuble nicht ein.

220.000 Menschen fordern deshalb:

„Sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Schäuble,

Ende 2016 läuft die Brennelementesteuer aus. Die AKW-Betreiber verschieben schon jetzt den Wechsel ihrer Brennelemente auf nächstes Jahr – und umgehen damit die Steuer. Dem Bundeshaushalt fehlen dadurch allein in diesem Jahr rund 750 Millionen Euro.

Ich fordere Sie daher auf: Handeln Sie jetzt und stoppen Sie den Steuertrick der AKW-Betreiber. Verlängern Sie die Steuer auf Brennelemente um ein Jahr!“



Bereits 220.000 Menschen haben diese Forderung innerhalb einer Woche unterzeichnet. Eine gemeinsame Aktion von:

Bewegt Politik
campact

.ausgestrahlt

Umweltinstitut
München e.V.

„Nach vorne wegschwätzen war gestern, handeln ist heute.“
Monika Bracht

„Wer Demut kennt, dass heißt, sein menschliches Maß Gott gegenüber, der findet den Mut, sich einzumischen, findet Zivilcourage.“
Heinz Georg Henning
(Pfarrer der Christuskirche, Fulda)

Ich bin ein glühender Patriot unserer Verfassung und ein gläubiger Christ.
Heinz Georg Henning
(Pfarrer der Christuskirche, Fulda)
Dieses Zitat stammt aus der letzten Predigt von Pfarrer Henning am 16.10.2016.
Pfarrer Henning verstarb nur sechs Tage später am 22.10.16.
Ich war ein echter Fan von ihm, er hinterlässt ein großes Loch in meinen Sonntagen.
E. Rammler

„Beim Nationalismus handelt es sich um die schlechte Ausdünstung von Leuten, die nichts anderes als ihre Herdeneigenschaften haben, um darauf stolz zu sein.“

Friedrich Nietzsche

Das Leben ist wie ein Fahrrad. Man muss sich vorwärts bewegen, um nicht das Gleichgewicht zu verlieren.

Albert Einstein

„Sie dürfen nicht alles glauben, was sie denken.“

Heinz Erhardt

„Bisher war der Bürger durch die Trägheit der Bürokratie vor vielen Übergriffen des Bürokratismus geschützt. Jetzt kommt der Computer und macht das alles in Millisekunden.“

Konrad Zuse

Wenn jeder anstatt eines neuen Fernsehgerätes Frieden verlangen würde, dann würde es Frieden geben.

John Lennon

AGORA

FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammler, Walter M. Rammler, Martin Uebelacker

Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.

Postanschrift:
Fotodesign Rammler, Luckenberg 1, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)

Auflage 3.000 Exemplare
Druck: Megadruck.de, Westerstede
Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.
Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

E-Mail: redaktion@agora-fulda.de
Internet: www.agora-fulda.de
Facebook: www.facebook.com/AGORAFD

Auf unserer Homepage finden Sie die komplette Ausgabe zum Download. Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese zu uns ein. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Unsere Kontoverbindung (freundlicherweise durch KÖK e.V. zur Verfügung gestellt) lautet:

IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS
Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

In dieser Zeitung könnte auch Ihr Artikel stehen. Schreiben Sie uns. Sprechen Sie uns an. Wir sind gespannt.

Die **AGORA** war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Für das demokratische Zusammenleben in einer Gemeinschaft kam ihr eine herausragende Rolle zu. Der Marktplatz galt als Merkmal einer selbstständigen Stadt.

Die **AGORA** Fulda als unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger ist ein Marktplatz der Ideen für kreative Kritik und Auseinandersetzung mit regionalen und gesamtgesellschaftlichen Themen. Wir wollen die Fuldaer Medienlandschaft erweitern und zur freien Meinungsbildung beitragen.

Wir arbeiten ohne Entgelt, sind werbefrei, unsere Auflage wird kostenlos verteilt. Daher sind wir auf Spenden zur Finanzierung der Druckkosten angewiesen. Bauen Sie mit uns am Marktplatz der Demokratie und seien Sie dabei mit einem Pflasterstein-Soli-Abo!

Abobestellung

- Ja, ich baue an der **AGORA** Fulda mit! Ich fördere die Zeitung
- einmalig jährlich bis auf Widerruf mit
- 20,- € _____ €

und erhalte einen Pflasterstein als Geschenk.

- Hiermit ermächtige ich den Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. für die **AGORA** Fulda widerruflich den o.g. Betrag zu Lasten meines Kontos
IBAN _____
durch Lastschrift einzuziehen.

- Ich werde andersweitig politisch aktiv und nehme nur den Stein.

Datum, Unterschrift (Bitte unbedingt vollen Namen und Adresse angeben.)